FIDEF

Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.

Nr. 14 / April - Mai 1978 Informationen – Berichte – Pressespiegel Einzelpreis DM 1,50

Sonderteil : TÜRKEI HEUTE

In diesem Heft :

AUSLÄNDISCHE UND DEUTSCHE KOLLEGEN NUR GEMEINSAM IM DGB SIND WIR STARK!

Gemeinsam für das Recht auf Arbeit
Gegen den faschistischen Terror
in der Türkei!

FIDEF

Aus dem I n h a l t

Impressum

Herausgegeben vom Bundesvorstand der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V., FIDEF
Verantwortlich i.S.d.P. : S. Atlas

Anschrift:
FIDEF, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211-66 42 84

Bankverbindungen:
Postscheckamt Essen, PSchK-Nr. 1764 62 – 437
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto-Nr.: 1 555 823 400

Erscheint monatlich – Jahresabonnement DM 12,– zuzüglich DM 7,– Porto

1. Mai 1978 - Istanbul

Trotz allen massiven Drohungen, zahlreichen Attentaten und Bombenanschlägen, denen noch während der Vorbereitungsphase mehrere Arbeiter, Lehrer und Jugendliche zum Opfer fielen, wurde der 1. Mai auch in diesem Jahr auf dem „1. Mai-Platz" in Istanbul mit einer machtvollen Kundgebung begangen, an der wieder über eine halbe Million Menschen teilnahmen.

Äußerst strenge Sicherheitsmaßnahmen, die vom DISK, dem Progressiven Gewerkschaftsbund der Türkei, als Organisator durchgeführt wurden und die beispielhaft disziplinierte Haltung der Hunderttausende verhinderten die Einmischung getarnter faschistischer Kommandos und ihrer terroristischen Helfershelfer mit der „linken" Maske, die im letzten Jahr die Mai-Kundgebung des DISK kurz vor dem Ende in ein Blutbad verwandelt und 38 Menschen getötet hatten.

Der Einzug der Demonstrationszüge beanspruchte mehrere Stunden. Mit Enthusiasmus wurden die Reihen der „Maden-Is-Streikposten" begrüßt, die bei dem über 6 Monate dauernden Streik gegen den Metall-Arbeitgeberverband, der größten Streikbewegung in der Geschichte des Landes, eine hervorragende Rolle gespielt hatten. Neben zahlreichen Berufsorganisationen, wie Lehrerverband, Anwalts- und Richterkammern, Ingenieur- und Architektenverbänden wurden vor allem die Vereinigung fortschrittlicher Frauen (IKD) und der Verband fortschrittlicher Jugend (IGD) mit minutenlangen Ovationen empfangen. Zum ersten Mal seit 3 Jahren hatte auch der Bund der landwirtschaftlichen Genossenschaften (Köy-Koop) mit einer stattlichen Anzahl von Bauern an der Veranstaltung teilgenommen.



"Hoch der 1. Mai!



Freiheit für die TKP!

Hoch der proletarische Internationalismus!"

Während der Ansprache des DISK-Vorsitzenden, A. Bastürk, forderten Hunderttausende in Chören imme wieder: „Nieder mit dem Faschismus! Hoch die inte nationale Solidarität! Verbot aller faschistischen Organisationen! Aktionseinheit der Demokraten gege die faschistische Gefahr! Jugend an der Seite der Arbeiterklasse für eine fortschrittlich-demokratische Türkei! Freiheit für die TKP! Für eine Welt ohne Au beutung und Krieg!" Der DISK-Vorsitzende ging in seinem Referat auch auf die Einschränkung der Souveränität des Landes durch wirtschaftlich-militärisch Komplexe wie IMF, Weltbank, Nato u.a. ein und forderte die Kündigung aller Abkommen mit dieser Organisationen.

b.w.

▲ "Jugend an der Seite der Arbeiter' :asse !"
Eine der Hauptlosungen auf dem 1. Mai in Istanbul

Bastürk erwähnte auch den antifaschistischen Warnstreik von Millionen Werktätigen am 20. März 1978, zu dem nach einem faschistischen Massaker an der Universität Istanbul, dem 7 Studenten zum Opfer gefallen waren, der DISK aufgerufen hatte. Er bedankte sich bei allen klassenbewussten Kollegen, auch unter Mitgliedern des konservativen Gewerkschaftsbundes Türk-Is, die ein hervorragendes Demokratie-Verständnis bewiesen hätten und kritisierte in scharfer Form die ablehnende Haltung der Ecevit-Regierung, die aufgrund dieses Aufrufes sogar Ermittlungen gegen den DISK-Vortsand und die beteiligten Kollegen einleiten ließ. „Im antifaschistischen Kampf gibt es keinen neutralen Standpunkt!" rief der DISK-Vorsitzende: „Diesen Kampf können wir nur gemeinsam, nur durch Aktionseinheit aller Demokraten zum Erfolg führen!"

Der 1. Mai 1978 in Istanbul wurde zu einem neuen Beweis des wachsenden Kampfwillens der Werktätigen des Landes für ihre gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte und gegen die faschistische Gefahr. ■



▲ "Es lebe die Einheit der kurdischen und türkische
Bevölkerung im gemeinsamen Kampf !"



Neben K. Türkler, dem Vorsitzenden der Metallgewerkschaft im DISK, Maden-Is, nahmen 26 Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei, CHP, an der Mai-Kundgebung in Istanbul teil. ▶

1. Mai 1978 in der Bundesrepublik und die ausländischen Kollegen

Aus vielen Kreisen wurde berichtet, daß in diesem Jahr an den Mai-Kundgebungen des DGB viel mehr Kollegen, deutsche wie ausländische, teilgenommen haben als in den letzten Jahren.

Auch die FIDEF hatte mit einem Mai-Aufruf, Flugblättern, Plakaten und einer 1.-Mai-Zeitung dazu aufgerufen, an den Mai-Kundgebungen des DGB teilzunehmen. Nicht nur die zahlreichen Mai-Feiern, sondern auch die Mai-Demonstrationen in vielen Orten wurden durch die Teilnahme ausländischer Kollegen in ihren Nationaltrachten geprägt.
Auf mehreren Kundgebungen sprachen Vertreter ausländischer Kollegen in den DGB-Gewerkschaften und wiesen vor allem auf die durch die Streiks und Aussperrungen der letzten Monate weiter gewachsene Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Kollegen hin.



Mitglieder des türkischen Jugendverbandes in Frankfu[rt] auf der Mai-Kundgebung des DGB



▲ *"Raus aus der NATO! Verbot der faschistischen MHP!"*

Aus der Ansprache des Kollegen Vural Emre, IG Metall, Betriebsrat bei Ford, auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB in Köln:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste!

Ich freue mich, im Namen der ausländischen Kollegen in Köln ein Wort an Sie richten zu können. Mein herzlicher Gruß gilt unseren deutschen Kolleginnen und Kollegen auf diesem Platz. Ebenso herzlich begrüsse ich meine ausländischen Freunde.
Der 1. Mai ist der Tag der internationalen Solidarität. Deshalb ist es eine gute Gepflogenheit, an diesem Tag der brüderlichen Solidarität Ausdruck zu geben.

Wir haben in der Bundesrepublik über eine Million Arbeitslose. Angesichts dieser Situation versuchen reformfeindliche und reaktionäre Kräfte als Lösung dieses Problems anzubieten, die ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer auszuweisen.

Die Unternehmer haben uns geworben, als sie uns als Arbeitskräfte benötigten. Gekommen sind aber nicht nur Arbeitskräfte, sondern Menschen mit ihren Familien, die man nicht beliebig hin- und herschieben kann.

Kolleginnen und Kollegen,
der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit darf nicht auf dem Rücken und auf Kosten der ausländischen Kollegen ausgetragen werden. Sondern es muss der gemeinsame Kampf von deutschen und ausländischen Kollegen gegen die Vernichtung bestehender Arbeitsplätze und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sein. In diesem Kampf ist die Solidarität der deutschen und ausländischen Kollegen notwendig. Seien wir uns auch bewusst, dass die ausländischen Kollegen teilweise schwerer von der Arbeitslosigkeit und ihren Folgen betroffen sind als deutsche Kollegen.

Darüber hinaus haben wir ausländische Arbeiter jedoch noch spezielle Probleme, für deren Lösung wir kämpfen müssen. Auch für diesen Kamof benötigen wir dringend die Solidarität der deutschen Kollegen.

Es geht hierbei erstens einmal um die Verbesserung unserer rechtlichen Situation. Wir brauchen mehr Sicherheit in unserem Aufenthaltsrecht, damit eine längerfristige Planung unserer Lebensumstände ermöglicht wird.
Zweitens fordern wir angemessene Wohnungen für uns, die ausländischen Kollegen und ihre Familien. Durch Intensivierung des sozialen Wohnungsbaues auch für ausländische Arbeitnehmer muss ein grösseres Angebot angemessener Wohnungen gesichert werden. Das ist einer der Wege, um einer Slum- oder Ghettobildung entgegenzuwirken!
Besonderes Interesse verlangen drittens die Probleme unserer Kinder und Jugendlichen. Sie sind derzeit chancenlos, weil ihre Schul- und Berufsausbildung völlig unzulänglich sind, weil ihre Eingliederung in das Berufsleben nicht gewährleistet ist.
Wie sagte jemand zu diesem Problem? Hier tickt eine Zeitbombe für die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik.
Diese Probleme müssen gesehen und gelöst werden.
Es wird endlich Zeit, daß über Worte und Absichten hinaus tatsächlich etwas geschieht!

b.w.



Liebe Kolleginnen und Kollegen. aus unseren Betrieben wissen wir, dass deutsche und ausländische Kollegen ihre Interessen mit Erfolg nur gemeinsam wahrnehmen können.
Wir wissen es, dass es gegenüber den Unternehmer-Interessen nur der gemeinsame gewerkschaftliche Kampf wirksam ist.
So können auch die besonderen Sorgen und Probleme der ausländischen Arbeiter nur im gemeinsamen solidarischen Handeln von deutschen und auslän - ischen Arbeitnehmern gelöst werden.

Zu dieser Solidarität rufe ich alle Kolleginnen und Kollegen an diesem 1. Mai auf!

Aus der Ansprache des Kollegen Osman Okkan, GEW, als Vertreter der im DGB Kreis Münster-Warendorf organisierten ausländischen Kollegen auf der 1.-Mai-Kundgebung des DGB in Münster:

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Heute nehmen überall in der Bundesrepublik unsere ausländischen Kollegen massenhaft, Seite an Seite mit unseren deutschen Kollegen an den Mai-Kundgebungen der DGB-Gewerkschaften teil. Denn sie haben bei den heftigsten Tarifauseinandersetzungen der Nachkriegszeit in den letzten Wochen bewiesen, daß sie ein untrennbarer, genauso kämpferischer Bestandteil der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik sind. Deutsche und ausländische Kollegen in den Häfen, in der Druck- und Metall-Industrie haben mit ihren Gewerkschaften die Angriffe der Unternehmer erfolgreich abgewehrt und das in einer fortgeschriebenen Krisensituation, trotz konzertierter Drohungen von Unternehmerfunktionären und etlichen vermeintlichen Weisen. Sie haben geschlossen in den Reihen ihrer Gewerkschaften den Unternehmern Paroli geboten, trotz des von den Massenmedien hochgejubelten Geredes, das ausgerechnet die gewerkschaftlichen Forderungen die Arbeitsplätze gefährden sollen.

Der gewerkschaftliche Kampf, den die Werktätigen in der Bundesrepublik, einheimische und ausländische Kollegen führen, hat eine neue Qualität bekommen. Es ging diesmal weniger um Lohnprozente, als gerade um die Sicherung und Verteidigung der Arbeitsplätze und des hart erkämpften sozialen Besitzstandes. Die brutalsten Mittel, zu denen die Unternehmer gegriffen haben, um die Beschäftigten in diesen Bereichen unter Druck zu setzen, die unmenschlichen Massenaussperrungen haben den einheimischen und ausländischen Kollegen erneut das ungeschminkte Gesicht des profitorientierten Kapitalismus gezeigt, der um des Profits und der eigenen Machtvergrößerung willen die elementarsten Menschenrechte der Arbeiter und Bestimmungen der Verfassung mit den Füßen tritt. So stand auch in den Metall-Nachrichten vom 26. März der IG-Metall-Bezirksleitung in Stuttgart: „Nichts zeigt die wahren Machtverhältnisse so deutlich, nichts erhellt so klar in welcher Klassengesellschaft wir leben als diese Aussperrungen."
Für die Verwirklichung dieses ersten Menschenrechts auf Arbeit, für eine gesicherte Zukunft haben in diesen Arbeitskämpfen hunderttausende deutsche und ausländische Kollegen geschlossen und gemeinsam gehandelt. Die höchsten Zustimmungsergebnisse der Nachkriegszeit, die bei den Urabstimmungen über die Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften erzielt wurden, zeugen von dieser unverbrüchlichen Solidarität!

Auch die in vielen Betrieben laufenden und teilweise schon abgeschlossenen Betriebsratswahlen liefern einen Beweis der fortschreitenden gemeinsamen Interessenverteidigung deutscher und ausländischer Kollegen. Ein qualitativer Unterschied stellt sich auch hier heraus. Die ausländischen Kandidaten werden jetzt nicht mehr nur als Vertreter der ausländischen Kollegen gewählt, sondern, wie der richtige Klassenstandpunkt sein sollte, als Vertreter aller Beschäftigten. Unsere Glück- und Erfolgswünsche gelten allen Kollegen, die als Betriebsräte oder Vertrauensleute mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft konsequent die Rechte ihrer Kollegen in den Betrieben wahrnehmen.

b.w.

Die den ausländischen Kollegen und ihren Familien vorenthaltenen Menschenrechte haben immer schlimmere Konsequenzen. Während Hunderttausende von ihnen auf verwaltungstechnischem Wege zur „freiwilligen Rückkehr" gezwungen werden, sind die Hiergebliebenen ohne ein abgesichertes Recht auf Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis sowie auf Familienzusammenführung. Ihre Kinder werden als Analphabeten in zwei Sprachen zu Hilfsarbeitern der Großkonzerne von morgen erzogen. Mit und in unseren Gewerkschaften werden wir uns auch in der Zukunft aktiv gegen die zahlreichen Benachteiligungen unserer ausländischen Kollegen in vielen Bereichen des sozialen und politischen Lebens einsetzen.



Kolleginnen und Kollegen!
Die gewerkschaftliche Solidarität mit unseren Kollegen und allen Demokraten in Chile, in Persien, in der Türkei und in allen anderen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens ist ein Grundstein des gewerkschaftlichen Handelns und die beste Solidarität ist sicherlich die aktive.
Vor 25 Jahren wurde die CUT, der chilenische Gewerkschaftsbund gegründet. Seit 5 Jahren herrscht in Chile die Militärjunta des Faschisten Pinochet. Zum 1. Mai in diesem Jahr haben in Chile 24 Einzelgewerkschaften zu einer Maikundgebung in Santiago de Chile aufgerufen. Nach Angaben der Vikaria der Katholischen Kirche beträgt die Arbeitslosigkeit 25 %. Alle Kundgebungsteilnehmer gehen bewußt die Gefahr ein, verhaftet und in KZs gesteckt zu werden.
Und in der Türkei, diesem NATO-Partner, dessen Budget fast zur Hälfte von Militärausgaben aufgezehrt wird, hat die demokratische Arbeiterbewegung nach 55 Jahren trotz des nach wie vor bestehenden Demonstrationsverbot das Recht wieder erkämpft, den 1. Mai mit Massendemonstrationen zu begehen. Bei der 1. Mai-Demonstration 1976 waren es 500 000; im letzten Jahr fast eine Million, die in Istanbul demonstrierten. Auch das Massaker, das die Faschisten mit Hilfe angeblich linker Terroristen veranstalteten, und die noch anhaltende Terrorwelle, Morde und Bombenanschläge konnten die Arbeiterklasse unseres Landes nicht davon abhalten, diese ehrenvolle Tradition der internationalen Arbeiterbewegung auch in diesem Jahr fortzusetzen. Heute demonstrieren wieder Hunderttausende angesichts der immer noch vorhandenen Bedrohungen unerschrocken für ihre gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte.
Seit Machtantritt der Ecevit-Regierung eskaliert der faschistische Terror in ungeahnter Form. Gerade als die Ecevit-Regierung das Verbot der Nachwuchsorganistion der faschistischen MHP in Ankara beantragte, weil mehrere Mitglieder als professionelle Killer entlarvt wurden, erfahren wir, daß der Chef dieser „Grauen Wölfe", der Führer der türkischen Faschisten in die Bundesrepublik eingereist ist und von dem CSU-Vorsitzenden Strauß empfangen wurde. Wir ausländische Kollegen fordern unsere deutschen Kollegen, alle Demokraten auf, dagegen zu protestieren, daß sich dieser Faschist, der sich offen zum Nationalsozialismus bekennt, in der Bundesrepublik aufhält und kurz vor dem Besuch Ecevits neue Provokationen inszeniert.
Kolleginnen und Kollegen.
Hunderttausende Kollegen sind nach den Erfahrungen der letzten Wochen gewerkschaftlich und politisch bewußter an ihre Arbeitsplätze zurückgegangen. Die Reihen in unseren Gewerkschaften sind enger zusammengerückt. Die ewig Gestrigen, aber auch einige Grüppchen, die trotz ihrer linken Sprüche die Geschäfte des Großkapitals besorgen, indem sie die gewerkschaftliche Einheit aller Werktätigen zu gefährden trachten, haben eine eindeutige Lektion erteilt bekommen. Diese Solidarität, das solidarische Verhalten und Handeln in unseren Gewerkschaften ist unsere stärkste Waffe, die das Großkapital und ihre Vertreter am meisten befürchten. Denn wir haben erneut bewiesen: Die organisierte Macht der Millionen ist stärker als die Millionäre.
So demonstrieren wir heute, deutsche und ausländische Kollegen, gemeinsam, aber auch solidarisch mit den Werktätigen überall in der Welt, in Warschau, Paris, Rom oder Athen, in Madrid, Lissabon, Istanbul, Santiago oder Havanna. Wir fordern gemeinsam mit unseren deutschen Kollegen:
– Verwirklichung des Menschenrechts auf Arbeit!
– Für eine gesicherte Zukunft aller Werktätigen!
– Gegen die Macht der multinationalen Konzerne!
– Gegen den wiederaufkeimenden Faschismus!
– Gegen Einschränkung der persönlichen Freiheiten, gegen Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote!
– Gegen Wettrüsten und gegen die Perversion der Neutronenbombe!
– Für mehr Demokratie im Betrieb und in der Gesellschaft!
– Für eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg!
In diesem Sinne: Hoch unsere internationale Solidarität! ■



Gemeinsam mit den deutschen Arbeitern demonstrierten Tausende ausländische Kollegen auf den DGB-Maidemonstrationen und -kundgebungen für die gleichen gewerkschaftlichen Ziele und Forderungen (Bild oben). Auf zahlreichen Kundgebungen sprachen spanische, portugiesische, italienische oder türkische Kollegen.

Massive Proteste gegen die Einreise des Türkischen Faschisten-Führers

Bonn, 1. Mai 1978 – Aus Protest gegen die Einreise des türkischen Faschisten-Führers Türkes und seinen Empfang durch den CSU-Vorsitzenden F.J. Strauß legten sofort nach Abschluß der Kundgebungen am 1. Mai in Bonn Vertreter von mehr als 70 türkischen Organisationen, in der Mehrzahl Mitglieder der FIDEF, sowie Gewerkschaftler, Lehrer, Sozialbetreuer und Ärzte vor der CDU/CSU-Vertretung einen schwarzen Kranz nieder.



Vor etwa 200 Delegierten erklärte im Namen der vertretenen Organisationen der Sekretär der FIDEF, O. Okkan, daß diese Einreise des Oberst a.D. Türkes, Vorsitzender der neofaschistischen „Partei der nationalistischen Bewegung", MHP, und deren Jugendorganisation „Graue Wölfe" nur einige Tage vor dem offiziellen Besuch des Ministerpräsidenten Ecevit einen eindeutigen Affront gegen die türkischen, aber auch der deutschen Demokraten in der Bundesrepublik bilde. Denn Türkes sei mit seiner Partei und den „Grauen Wölfen" in der ersten Linie für die Terror-Welle in der Türkei, der in den letzten Jahren über 500 Menschen zum Opfer gefallen seien, verantwortlich. Die nachweislich von den „Grauen Wölfen" geplanten und durchgeführten Morde häuften sich seit dem Antritt der Ecevit-Regierung, so daß heute eindeutig feststehe, daß die türkischen Faschisten einen Militär-Putsch nach dem Muster Chiles vorbereiten wollten. Gerade wegen der erwiesenen Mittäterschaft an verschiedenen Mordfällen mehrerer Mitglieder der „Grauen Wölfe" sei in der vergangenen Woche das Verbot dieser Organisation in Ankara beantragt worden. Die blutigen Überfälle der „Grauen Wölfe" auch in der Bundesrepublik seien den bundesdeutschen Behörden hinreichend bekannt. Die türkischen Demonstranten forderten daher die CDU/CSU eindringlich auf, sich öffentlich von diesem Faschisten zu distanzieren, der sich öffentlich zum Nationalsozialismus bekenne. Anschließend wurde der CDU/CSU-Vertretung ein Protestschreiben überreicht.



In einem weiteren Schreiben an Willy Brandt forderten die türkischen Vertreter die SPD auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit der Aufenthalt dieses Faschisten nicht weiter geduldet werde, da er eine Herausforderung an alle Demokraten in der Bundesrepublik sei. Es wurde außerdem darauf hingewiesen, daß verschiedene Gliederungen der SPD und der Jungsozialisten in zahlreichen Resolutionen die Aktivitäten der türkischen Faschisten in der Bundesrepublik verurteilt hätten.

Gleichzeitig wandte sich FIDEF in gleichlautenden Telegrammen an die DGB- und IGM-Bundesvorstände, Ministerpräsident Filbinger und seinen Innenminister Späth, den Oberbürgermeister von Ulm, Dr. Lorenser, und örtliche DGB-Gliederungen mit der Aufforderung, den als „Aktionstag des türkischen Nationalismus" angekündigten Auftritt des Faschistenführers Türkes am 4. Mai in Ulm zu Verhindern. Auf der Veranstaltung in der städtischen Donauhalle sollten auch ehemalige MHP-Minister und Parlamentarier zu Wort kommen. Das Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Ulm blieb jedoch trotz allen gegenteiligen Bekanntmachungen und zugeleiteten Informationen bei seiner merkwürdigen Version [illegible] es handele sich hierbei um eine „folkloristische Ver[illegible]altung". Auch die nach Augenzeugenberichten vor [illegible] Veranstaltungshalle in Awesenheit der Polizeibe[illegible]nten säckeweise weggekarrten Messer und Stichwaffen wurden von Ordnungshütern großzügig übersehen.

Der DGB und die IG-Metall protestierten auf einer parallel zu der Veranstaltung durchgeführten Pressekonferenz gegen den Besuch von Türkes und Aktivitäten der „Grauen Wölfe" in der Bundesrepublik.

Die FIDEF gab bekannt, daß sie gegen [illegible]ner Amt für öffentliche Ordnung wegen Zulassung rassistischer und faschistischer Propaganda Dienstaufsichtsbeschwerde einlegen wird.

2. Kongress der FIDEF

25./ 26. März 1978, Essen



Ende März fand in Essen unter dem Motto „Einheit, Kampf, Solidarität" der 2. Kongress der FIDEF statt, an dem über 200 Delegierte und mehr als 800 Gäste und Beobachter teilnahmen.
Mehrere demokratische Organisationen aus dem In- und Ausland waren auf dem Kongress vertreten. Zahlreiche andere, vor allem aus der Türkei, übersandten Grußbotschaften.
Der Kongress wertete die vorgelegten Tätigkeitsberichte aus und setzte die programmatischen Schwerpunkte für die kommende Periode. Eine Reihe von wichtigen Beschlüssen wurden einstimmig verabschiedet. Der neue Bundesvorstand wurde gewählt.
Zum Kongressbeginn legte eine Abordnung von Delegierten aus Protest gegen den faschistischen Terror in der Türkei vor dem türkischen Generalkonsulat in Essen einen schwarzen Kranz nieder. In einem einstimmig verabschiedeten Schreiben an den Ministerpräsidenten Ecevit forderte der Kongress das Verbot aller faschsitischen Organisationen und Einstellung der eingeleiteten Verfahren gegen Arbeiter in der Türkei, die sich an den antifaschistischen Warnstreiks des DISK beteiligt hatten.



Aus den Beschlüssen des 2. FIDEF-Kongresses:

– In Grußschreiben an die IG Druck und Papier und IG Metall wurde die Solidarität der türkischen Kollegen mit ihren einhei ischen und ausländischen Kollegen, die sich in Streik und Aussperrung befinden, bekräftigt.
– Die türkischen Landsleute wurden erneut aufgerufen, die Reihen in den DGB-Gewerkschaften zu stärken und sich masse haft an den DGB-Kundgebungen am 1. Mai zu beteiligen.
Auch der Beschluss des DISK, den 1. Mai in diesem Jahr wiede auf dem „1.-Mai-Platz" in Istanbul mit einer Massenkundgebu zu begehen, wurde einhellig begrüsst.
– Der Kongress solidarisierte sich mit der demokratischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik in ihrem Kampf gegen di Massenvernichtungswaffen wie die Neutronenbombe und ford te seinerseits die türkische Regierung auf, die Produktion und Stationierung dieser Waffe auf dem türkischen Boden strikt abzulehnen. Er forderte die Herabsetzung der Rüstungsausgabe und Austritt des Landes aus den Militärbündnissen wie Nato u Cento sowie Kündigung aller bilateralen Militärabkommen mit den USA.
– Der neue Bundesvorstand wurde beauftragt, die Bemühunge für einen aktiveren Beitrag der türkischen Kollegen in den DGE Gewerkschaften zu intensivieren und die Beziehungen zu allen demokratischen Organisationen weiter auszubauen.
– Die Angriffe der israelischen Regierung auf die palästinensische und libanesische Bevölkerung wurden auf das Schärfste verurteilt. Die Ecevit-Regierung wurde aufgefordert, eine entschlossenere Haltung zugunsten der leidtragenden palästinensischen Bevölkerung einzunehmen.
– Die türkische Regierung wurde aufgefordert, die noch offenstehende Rentenfrage der türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik zu ihren Gunsten zu einer Lösung zu führen.
– Der Kongress forderte die Aufhebung der antidemokratische Gesetzesparagraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuchs, die die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse einschränken und das Verbot der K der Türkei als letzte illegale KP in Europa be ünden.

Der Kongress stand unter dem Motto
" EINHEIT
KAMPF
SOLIDARITÄT ! "



Rückendeckung für Ecevit, aber auch ernste Mahnungen

Bei Ankaras Flirt mit Moskau hört für Bonn der Spaß auf

Von unserem Redaktionsmitglied Heinz-Peter Finke

Bonn — Für seine Kritik an der Entscheidung des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, das Waffenembargo gegen die Türkei nicht aufzuheben, konnte der türkische Ministerpräsident Ecevit während seines Besuchs in Bonn Rückendeckung von der Bundesregierung in Empfang nehmen. So erklärte Regierungssprecher Bölling gestern vor der Presse in Bonn, die Bundesregierung habe Verständnis für die Sorgen der Türkei über die Haltung des Senatsausschusses. Aber sonst mußte sich Ecevit manches deutliche Wort von Bonner Seite gefallen lassen, sei es zum Zypernkonflikt oder zur Lage der türkischen Wirtschaft.

Bülent Ecevit

So sehr die Bundesregierung die Entscheidung des amerikanischen Senatsausschusses für falsch hält, so wenig ist sie aber auch glücklich darüber, daß Ecevit mit einer Änderung des Verteidigungskonzepts seines Landes, immerhin eines NATO-Mitgliedes, drohte. Zumindest will er mit dieser Drohung ernst machen, wenn nicht nur der Ausschuß des Senats, sondern der US-Senat selbst gegen den Willen Präsident Carters das Waffenembargo aufrechterhält, das 1975 verhängt worden war, nachdem die Türkei im Jahr zuvor im Zypernkonflikt amerikanische Waffen im Kampf gegen den NATO-Partner Griechenland auf der Mittelmeerinsel eingesetzt hatte. In Bonn wird die Drohung keineswegs auf die leichte Schulter genommen, vor allem deshalb, weil Ecevit im Juni nach Moskau fliegt, das sich seit einiger Zeit um einen besseren Kontakt zu Ankara bemüht. Die Sowjetunion ist auch bereit, dem mehr als „kranken Mann am Bosporus" aus der ökonomischen Krise zu helfen.

Doch in diesem Punkt zeigt sich auch die Bundesregierung nicht kleinlich. Bundeskanzler Schmidt stellte Ecevit einen Soforthilfekredit von 100 Millionen Mark in Aussicht. Damit sollen die türkischen und internationalen Anstrengungen zur Konsolidierung der türkischen Wirtschaft unterstützt werden. Der Kredit soll vor allem dem Warenbezug aus der Bundesrepublik dienen. Aber schon in den letzten Jahren versperrte sich die Bundesrepublik nicht türkischen Wünschen. So nimmt die Türkei in der deutschen Entwicklungshilfe einen Spitzenplatz ein. Bisher zahlte die Bundesrepublik 2,01 Milliarden Mark an Krediten und 277 Millionen Mark für technische Zusammenarbeit. Für das laufende Jahr sagte die Bundesregierung weitere 180 Millionen Mark an Kapitalhilfe zu (die 100 Millionen Mark Soforthilfe nicht mitgerechnet).

Allerdings wurden dem türkischen Gast auch einige Ratschläge mit auf den Rückweg nach Ankara gegeben, deren Nichtbefolgung den Finanzstrom doch zum Versiegen bringen könnte, trotz Drohung mit dem Kurswechsel Richtung Moskau:

- In der Zypernfrage muß sich Ankara beweglicher zeigen. Schmidt bot hier gute deutsche Mittlerdienste zwischen den beiden NATO-Partnern Türkei und Griechenland an.
- Den „Flirt" mit Moskau muß sich Ankara aus dem Kopf schlagen. Hier versteht Bonn trotz des Breschnjew-Besuches der vergangenen Woche keinen Spaß.
- Die türkische Regierung muß ihren guten Willen zeigen, die Schulden bei deutschen Firmen, insbesondere der Klein- und Mittelindustrie, abzubauen.
- Ganz allgemein muß die türkische Wirtschaft auf eine solidere Grundlage gestellt werden. (LEITARTIKEL)

Schreckgespenst

Von Claus-Dietrich Möhrke

Amerikas Präsident Carter hat eine neue bittere Demütigung hinnehmen müssen. Entgegen seiner Empfehlung beschloß der Auswärtige Ausschuß des US-Senats, an dem seit der Zypern-Krise vor drei Jahren verhängten Waffenembargo gegen den NATO-P[illegible] festzuhalt[illegible]

Auf dieser Seite dokumentieren wir einige Berichte aus der 'Rheinischen Post' v. 13.5.7[illegible] die allein durch Überschriften den wahren Charakter der "Partnerschaft" zwischen der Türkei und der Bundesrepublik entlarvt! Aufschlußreich auch die Tatsache, daß ein Nichtangriffsvertrag zwischen zwei Nachbarstaaten als "Schreckgespenst" bezeichnet wird.

[illegible] konnte einzig die [illegible] dieser Situation [illegible] die seit geraumer Zeit fast leidenschaftlich um den „Kranken Mann am Bosporus" wirbt. Ecevit wird im Juni zu einem Besuch in Moskau erwartet. Das Schreckgespenst eines türkisch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages geht weiterhin um. Vor solchem Hintergrund kann Bonner Nothilfe wohl wenig bewirken. Über den Fortbestand der westlichen Allianz an Bosporus und Dardanellen wird allein in Washington entschieden werden.

280 Millionen für die Türkei

Associated Press

Bonn — Mit der bisher größten Wirtschaftshilfe, die die Türkei jemals von der Bundesrepublik auf einen Schlag erhalten hat, kann Ministerpräsident Ecevit in sein Land zurückkehren. Insgesamt stehen 280 Millionen Mark zur Verfügung, nachdem Bundeskanzler Schmidt dem Ministerpräsidenten gestern beim Abschlußgespräch einen „Soforthilfe-Kredit" von 100 Millionen Mark zugesagt hat. Die überraschende Entscheidung des Kanzlers war wenige Stunden nach Bekanntwerden der Bekräftigung des amerikanischen Waffenembargos gegen den NATO-Partner Türkei gefallen, das der Kanzler und Ecevit schon zu Beginn ihrer Gespräche am Mittwoch kritisiert hatten. Der Bundeskanzler versicherte, daß die Bundesregierung der Türkei im Interesse des Bündnisses weiterhin Waffen liefern werde. Eine Beteiligung am Embargo komme für Bonn nicht in Frage. (SEITE 2)



Kraftnahrung für Ecevit.

Gerade jetzt gemeinsam handeln

2. Kongreß der türkischen Arbeitervereine in Essen

Die internationale Solidarität für die Interessen der einheimischen wie der ausländischen Beschäftigten in der Bundesrepublik stand im Mittelpunkt des 2. Kongresses der Föderation der türkischen Arbeitervereine (FIDEF) in der Bundesrepublik, der Ostern mit 1000 Teilnehmern in Essen tagte. Die FIDEF ist mit über 60 örtlichen Organisationen die größte Organisation der nationalen Gruppen ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik.

Die Delegierten befaßten sich in der Diskussion vor allem mit verstärkter und wirksamerer Arbeit in den Gewerkschaften des DGB und mit kulturellen Fragen. Sie unterstrichen, daß es gerade in der momentanen Situation des verstärkten Drucks der Konzerne auf die arbeitenden Menschen auf die gemeinsame Wahrnehmung und Verteidigung der Interessen sowohl der heimischen wie auch der ausländischen Beschäftigten ankomme.

Die Bundesdelegiertenkonferenz solidarisierte sich unter großem Beifall mit den streikenden und ausgesperrten Metallarbeitern in Baden-Württemberg. Sie unterstützt die für den 30. März vom DGB geplanten Aktionen gegen Unternehmerwillkür in der Metallindustrie und rief ihre Mitglieder und Freunde dazu auf, sich aktiv und zahlreich an den DGB-Veranstaltungen zum diesjährigen 1. Mai zu beteiligen. „Der beste Weg, unsere gemeinsamen Interessen durchzusetzen, ist das gemeinsame Handeln von deutschen und ausländischen Kollegen", wurde dabei unterstrichen.

Verstärkt wird die FIDEF sich künftig in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Organisationen um die schulischen Probleme der Kinder ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik kümmern. Auch beim Problem der Rentenabsicherung für Ausländer will die FIDEF gemeinsam mit anderen demokratischen Verbänden verstärkt an die Öffentlichkeit treten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz lag in der Abwehr des Faschismus bzw. Neonazismus in der Türkei und in der Bundesrepublik. Die Delegierten riefen zur Teilnahme an der antifaschistischen Manifestation am 22. April in Köln auf. Sie verwiesen dabei auf Parallelen, die es im verstärkten Auftreten von Neonazis in der Bundesrepublik und des zunehmenden Terrors faschistischer Banden in der Türkei gebe. Kritik wurde an der Regierung Ecevit geübt, die sich gegen den zweistündigen Warnstreik gegen den Faschismus am 20. März in der gesamten Türkei gestellt hatte. Die Regierung wurde aufgefordert, sich an die Seite der tü-kischen Bevölkerung in der Abwehr des Faschismus zu stellen.

Der Kongreß verlangte von der türkischen Regierung die Aufhebung der vielfältigen antidemokratischen Gesetze, mit denen fortschrittliche Menschen und Meinungen unterdrückt werden, und verlangte das Ende des Verbots der Türkischen Kommunistischen Partei.

Nachdrücklich verurteilten die Kongreßteilnehmer die US-Pläne zur Entwicklung der Neutronenbombe und ihre Stationierung in der Bundesrepublik. Sie forderten zur Zusammenarbeit mit allen Organisationen auf, die sich dem Kampf gegen diese menschenverachtende Waffe verschrieben haben. An die türkische Regierung richteten sie die Adresse, im Sinne der Abrüstungsbestrebungen aus der NATO auszutreten und die dann frei werdenden Rüstungsgelder der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen zu lassen.

Neben zahlreichen Vertretern verschiedener gesellschaftlicher und politischer Organisationen war auf dem Kongreß auch die DKP vertreten. Karl Stiffel als Vertreter des Parteivorstandes der DKP hob dabei die gemeinsamen Probleme und Interessen der ausländischen und deutschen Kollegen hervor, für deren Lösung und Durchsetzung sich die DKP einsetze.

Unsere Zeit, 29. März 1978

Türken fordern unbegrenzten Aufenthalt für Ausländer

ESSEN, 27. März (dpa). Die Verbesserungen der Bildungssituation für türkische Gastarbeiterkinder hat der zweite Kongreß der Föderation türkischer Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) in Essen als wichtige Aufgabe bezeichnet.

Für seine rund 30 000 Mitglieder bezeichnete es der am Ostersonntag zu Ende gegangenen Kongreß als ebenso dringlich, die soziale Integration der ausländischen Arbeitnehmer zu erreichen und zur Lösung der Rentenfrage für Gastarbeiter beizutragen. Für eine Integration müßten aktives und passives Wahlrecht auf kommunaler Ebene und eine unbegrenzte Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung für alle Ausländer in der Bundesrepublik verwirklicht werden.

Die FIDEF hatte sich 1977 zum ersten Mal konstituiert und ist nach den Worten eines Verbandssprechers mit nunmehr 69 Einzelvereinen die stärkste Organisation unter den rund 1,9 Millionen Gastarbeitern.

Im Verlauf des Kongresses wurde die Verbundenheit zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) betont und darauf verwiesen, daß alle FIDEF-Mitglieder zugleich einer DGB-Gewerkschaft angehören. Gleichwohl war kein Vertreter des DGB zu dem zweitägigen Kongreß erschienen, da nach dessen Ansicht die FIDEF-Führung „eindeutig kommunistisch" ist.

Frankfurter Rundschau, 28. März 1978

Im Essener Jugendzentrum tagte der 2. Kongreß der türkischen Arbeitervereine Foto: Scholz



Zauderer Bülent Ecevit

Türkei: Gefährliche Umtriebe rechtsradikaler Kräfte

W. L.

Am 10. Mai traf der türkische Ministerpräsident Ecevit zu einem Besuch in Bonn ein, nachdem sein griechischer Amtskollege Karamanlis schon vor einer Woche in der Bundesrepublik weilte. Es wird vermutet, daß bei den Besuchen der beiden Staatsmänner auch das Zypernproblem eine Rolle spielt. Bonn will offenbar hier eine Vermittlerrolle mit dem Ziel übernehmen, Griechenland und die Türkei wieder enger an die NATO zu binden. Versuche dieser Art werden von den USA dringend empfohlen.

Auf Anregung Ecevits hat jetzt Rauf Denktasch, der Führer der türkischen Zyprioten, neue Vorschläge zur Zypernfrage gemacht. Diesen Vorschlägen zufolge soll Zypern eine griechisch-türkische Zentralregierung erhalten, aber das Staatswesen soll eine Föderation aus den griechischen und den türkischen Landesteilen bilden. Von einer Lösung des Problems der Rückkehr von etwa 200 000 vertriebenen griechischen Zyprioten in ihre Heimatorte ist in Denktaschs Vorschlägen nicht die Rede. Auch sollen die türkischen Interventionstruppen „bis zur endgültigen Klärung aller Fragen" auf Zypern bleiben.

Vorschläge dieser Art stehen im Widerspruch zur Zypernresolution der UNO, die Souveränität, Nichtpaktgebundenheit und territoriale Integrität für Zypern fordert und außerdem auf den Abzug aller ausländischen Truppen und der Heimkehr der Vertriebenen besteht. Eine Verwirklichung der Denktasch-Vorschläge würde der Türkei einen großen Einfluß auf Zypern lassen, was den Plänen der türkischen Expansionisten entspräche und außerdem der NATO für ihre Militärpolitik im Mittelmeer sehr gelegen käme.

In der Innenpolitik wird Ecevit von progressiver türkischer Seite vorgeworfen, keinen konsequenten Kampf gegen die Reaktionäre zu führen. Er dulde weiterhin die sogenannten Konterguerillatruppen in der türkischen Armee, obwohl ihm genau bekannt sei — er hat seinerzeit als Oppositionsführer wiederholt darauf hingewiesen —, daß diese Truppen mit Provokationen und Mordanschlägen gegen die türkische Arbeiterbewegung und alle fortschrittlichen Kräfte vorgehen. Ecevit wisse auch, daß die Konterguerillatruppen mit dem US-Geheimdienst CIA zusammenarbeiten, und daß ihre Führer schon oft erklärt hätten, sie seien gegebenenfalls zu einem Staatsstreich gegen Ecevits Regierung bereit.

Vor einem Jahr schossen Konterguerillatruppen bei der großen Maikundgebung in Istanbul auf die friedlichen Demonstranten. Damals kamen 42 Kundgebungsteilnehmer ums Leben. Die Konterguerillatruppen haben ihre Leute bei faschistischen und „ultralinken" Terrorgruppen und bedienen sich dieser Organisationen, um Attentate zu organisieren, die dann den Linken angelastet werden.

Die Konterguerillatruppen handeln dabei nach einem CIA-Lehrbuch, das in der ganzen türkischen Armee verbreitet ist und Aktionen empfiehlt, „die den Eindruck erwecken sollen, als kämen sie von Revolutionären, die vor Grausamkeiten nicht zurückschrecken". Weiter heißt es in diesem Lehrbuch: „Auf diese Weise kann die Stimmung im Volk im Sinne der Ordnung und gegen die Subversion beeinflußt werden."

Bei der diesjährigen Maikundgebung in Istanbul, die mit einer halben Million Teilnehmern die bisher größte Demonstration dieser Art in der Türkei war, kam es dank der Wachsamkeit der Demonstranten zu keinen Zwischenfällen. Aber wenige Tage vor der Kundgebung wurden 16 Plakatkleber und Flugblattverteiler der Gewerkschaften von faschistischen und maoistischen Provokateuren ermordet.

Ecevit wagt es offenbar nicht, energische Maßnahmen gegen diese Leute zu ergreifen und vermeidet es, sich auf die Massen der arbeitenden Bevölkerung zu stützen, die Demokratie und soziale Gerechtigkeit für das türkische Volk verlangen. Damit stellt Ecevit sich in Gegensatz zu den Versprechungen, die bei den Wahlen im vergangenen Jahr seiner „Republikanischen Volkspartei" die Mehrheit der Wählerstimmen brachten.

Deutsche Volkszeitung, 11.5.1978

Der Spiegel, 8. Mai 1978

TÜRKEI

Rache für Hamido

Die bewaffnete Rechte schürt einen Bürgerkrieg, um den sozialdemokratischen Premier Ecevit zu stürzen.

Schokolade für seine Enkel vermutete Hamid Fendoglu, Bürgermeister der ostanatolischen Stadt Malatya, in einem Paket, das aus Ankara an ihn abgeschickt worden war.

Als er es öffnete, wurden er, seine Enkel Ahmed und Bozkurt sowie seine im achten Monat schwangere Schwiegertochter von der Explosion einer Fünf-Pfund-Bombe zerrissen. Nur seine Frau, die sich im Nebenzimmer aufhielt, überlebte das Attentat.

Der Mordanschlag am 17. April führte in Malatya zu „Zuständen wie im Libanon", schrieb das Istanbuler Massenblatt „Hürriyet". In der 130 000-Einwohner-Stadt tobte tagelang Bürgerkrieg.

Die Wut des Mobs richtete sich gegen alles, was als links gilt. Denn Hamid Fendoglu war ein Rechter gewesen, orthodoxer Moslem und Kurde.

Aus den Kurdendörfern strömten bewaffnete Bauern in die Stadt, in der bereits die lokalen „Grauen Wölfe" wüteten: eine Mord- und Terrororganisation der „Nationalen Bewegungspartei" des Hitler-Verehrers Alparslan Türkeş, eines Zyperntürken, der von einem neuen Großtürkischen Reich träumt.

In grünen Parkas mit dem Abzeichen der Grauen Wölfe, die Gesichter vermummt, stürmten die Türkeş-Banden durch die Stadt, steckten Partei- und Versammlungslokale der Linken in Brand, plünderten Geschäfte, zer-



Militär, Aufrührer in Malatya: „Solche Aktionen kommen nicht von Kindern"

störten vier Druckereien, drangen in Schulen ein und entführten Schüler — drei von ihnen wurden später gefoltert und ermordet vor der Stadt gefunden.

Zwei Tage lang beherrschte der Mob mit dem Schlachtruf „Rache für Hamido" die Stadt, bis Militär eingriff. Erst als tausend Soldaten die Stadt von der Umgebung abgeschnitten hatten und Düsenjäger im Tiefflug über die Dächer heulten, kehrte wieder Ruhe ein. Bilanz des Malatya-Aufruhrs: acht Tote, 60 Verletzte, 230 Verhaftete, 473 zerstörte Häuser.

Wie immer, wenn in einem Winkel der Türkei Blut fließt, töteten Anhänger der Getöteten nun ihrerseits. Seit Malatya forderten politische Auseinandersetzungen weitere zehn Menschenleben — türkischer Alltag, so scheint es.

Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres sind in der Türkei bei politischen Attentaten über 220 Menschen ums Leben gekommen, explodierten 300 Bomben. Seit 1975 forderte der politische Straßenkampf beim schwerkranken Mann am Bosporus schon über 600 Menschenleben.

Dennoch hatte der Bürgerkrieg in Malatya eine neue Qualität: Wenige Tage nach dem Attentat konnte die Polizei seine Urheber orten und 24 Beteiligte verhaften: Es waren „Graue Wölfe", darunter der Sohn eines faschistischen Abgeordneten, die das Sprengstoffpaket in einem ihrer Stützpunkte hergestellt hatten — dem sogenannten Kernenergie-Zentrum in Ankara.

Gleichzeitig konnten drei Oberschüler, Mitglieder der „Grauen Wölfe", mit Sprengstoff in ihren Schultaschen verhaftet werden. Sie hatten den Auftrag, damit Parteibüros ihrer eigenen Nationalen Bewegung in die Luft zu jagen — auf Befehl ihrer Führung. Sie wollte damit Rachefeldzüge gegen alles Linke provozieren, dabei den seit Januar regierenden sozialdemokratischen Premier Bülent Ecevit stürzen und sich selbst wieder an die Macht bomben — oder aber einen Putsch der Armee provozieren.

Dieses Ziel hatte der General Kemal Ersun mit markigen Worten skizziert: „Durch Sabotageaktionen und politische Morde einen Bürgerkriegszustand schaffen — und dann kommen wir." Ersun wurde zwar 1977 „aus Gesundheitsgründen" aus der Armee entlassen — doch gleichgesinnte Kameraden haben die Uniform noch an. Sie sind Mitglieder einer Geheimorganisation innerhalb der Streitkräfte, die sich „Konter-Guerilla" nennt und der — wie seinerzeit den griechischen Putsch-Obristen — enge Beziehungen zum amerikanischen Geheimdienst CIA nachgesagt werden.



Plakat der Grauen Wölfe, Anhänger: „Vor Grausamkeiten nicht zurückschrecken"

Der Justizoberst Emin Deger, Rechtsberater im Verteidigungsministerium, veröffentlichte im Sommer 1977 ein Buch unter dem Titel „CIA, Konter-Guerilla und die Türkei", in dem er aus einem bei der Ausbildung der türkischen Streitkräfte benutzten CIA-Lehrbuch zitiert: „Es sind Aktionen durchzuführen, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken sollen, sie kämen von Revolutionären. Hierbei darf vor Grausamkeiten nicht zurückgeschreckt werden."

Ex-Obrist Deger sieht in der innenpolitischen Entwicklung der Türkei seit 1971 eine „minuziöse Anwendung dieser Lehrsätze".

Einen grausigen Höhepunkt erlebte die politische Gewalttätigkeit in der Türkei am 1. Mai 1977. An die 150 000 Menschen hatten sich zur Mai-Feier des Gewerkschaftsverbandes Disk in Istanbul versammelt. Kurz vor Versammlungsschluß schossen Attentäter in die Menge. 38 Männer und Frauen blieben tot auf dem Platz — eine Untat von „Maoisten", erklärte die rechte Regierung Demirel und begann wieder, zahlreiche Linke zu verhaften.

„Solche Aktionen kommen nicht von Kindern, sondern von einer starken Organisation", schrieb hingegen der damalige Oppositionsführer Ecevit, heute Premier. Er meinte damit die Konter-Guerilla-Einheiten — und nicht nur sie.

Es gibt zahlreiche Querverbindungen zwischen den Faschisten des Alparslan Türkeş, der Konter-Guerilla in den Streitkräften und dem militärischen Geheimdienst MIT. Türkeş hat einen nahen Verwandten im MIT sitzen, und wiederholt wurde der Verdacht laut, daß Türkeş' „Graue Wölfe" ihre Informationen über potentielle Mord-Opfer direkt vom MIT bekommen. Als der sozialdemokratische Abgeordnete Süleyman Genç einen solchen Verdacht aussprach, explodierte kurz darauf vor seinem Haus eine Bombe.

Dennoch wird immer mehr über die Organisation der Konter-Guerilla bekannt. Ihre Führung arbeitet im Gebäude des Generalstabs in Ankara. Ihren Deckmantel findet sie im STK, dem „Untersuchungsausschuß für Mobilmachung", gegründet von den ehemaligen Militärkommandanten von Istanbul, Izmir und Ankara, den Generalen Faik Türün, Mahmut Unlutürk und Kemal Ersun.

Mitglieder müssen den Schwur ablegen: „Wenn ich Informationen über das, was ich lerne oder was ich tue, weitergebe, wird mein Körper von dieser Welt verschwinden."

Zwar hat der sozialdemokratische Premier Ecevit nach den Ereignissen von Malatya versprochen, „die Nester des Terrors auszuheben", da sonst „ein Bürgerkrieg unvermeidbar" sei — doch ob er dazu die Macht und insbesondere genügend Rückhalt in der Armee hat, ist mehr als fraglich.

Alparslan Türkeş ist, obwohl er im Parlament nur eine Mini-Fraktion von 16 der insgesamt 450 Abgeordneten kommandiert, zuversichtlich, daß er die stärkeren Bataillone hat. „Im Falle eines offenen Kampfes können wir auf fünf Millionen Bewaffnete zählen", behauptete er, bevor er sich vorletzte Woche in die Bundesrepublik absetzte, um seine Anhänger unter den türkischen Gastarbeitern zu mobilisieren.

Daheim in der Türkei sagte einer der Gründer der Konter-Guerilla, der Ex-General Türün, dem Sozialdemokraten Ecevit dessen Schicksal voraus: Es werde Ecevit gehen wie dem chilenischen Präsidenten Allende, „der auch mit den Kommunisten paktierte: Jeder weiß, was aus ihm geworden ist". ◆

Neue Töne in Ankara

Die Republikanische Volkspartei tritt zur Reform von Staat und Gesellschaft an. Von Özcan Saglam

Der mittel- und langfristige Erfolg der neuen Regierung Ecevits wird von dem Grad des Rückhalts in der Bevölkerung, den ihm nach türkischen Verhältnissen nur seine Partei verschaffen kann, abhängen — aber auch von wirkungsvoll durchführbaren Gesetzen. „Eine der wichtigsten Fragen, vor denen die Türkei steht, ist die unserer Epoche entsprechende Neugestaltung der Administration." Hinter diesem vorsichtig formulierten Satz Altan Öymens, des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Republikaner, steht die Einsicht in die Bedeutung des zweiten Faktors, daß nämlich die Administration nicht mehr selbstherrlich das Land mit Erlässen regiert, sondern im Sinne der modernen bürgerlichen Demokratie mit dem Parlament eng zusammenarbeitet.

Altan Öymen der die politische Szene der Türkei als einer ihrer hervorragenden Kritiker kennt — er war 17 Jahre Journalist, bevor er jüngst in die Politik eintrat —, weiß, daß die Regierungen der Republik Türkei stark dazu neigen, das Land nach dem Stil der osmanischen Sultane und Vezire zu regieren; mit Dekreten und sogar mündlichen Befehlen, die Gesetzeskraft besitzen. Und trotz der schnellen Wandlung der Türkei zu einem Industriestaat, können die alten Gewohnheiten nicht leicht abgelegt werden. Auch in der neuen Regierung fehlen diese Tendenzen nicht.

Nach dem künftigen Verhältnis Parlament-Regierung gefragt, meint Öymen: „Diese Regierung ist im Gegensatz zu ihrem Vorgänger entschlossen, die Probleme des Landes zu lösen und den Aufbau einer neuen Ordnung einzuleiten. Hierzu sind Gesetze notwendig, und deswegen ist eine gut koordinierte Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament unerläßlich. Nehmen sie ein Beispiel: Wir wollen das passive Wahlrecht schon ab 18 Jahren gewähren. Dies kann nur durch das Parlament beschlossen werden. Wie man sieht, ist es für uns ein Bedürfnis, im und mit dem Parlament zusammenzuarbeiten. Die vorige Regierung hatte das Bedürfnis, außerhalb des Parlamentes zu arbeiten."

Keine Lösung über Nacht

Es scheint, daß es noch eine Weile dauern wird, bis das türkische Parlament über die notwendige technische Ausstattung, aber auch zeitgemäße Arbeitsweise verfügen wird, um in dem von den Realitäten des Landes erforderten Tempo die von der großen Mehrheit der Bevölkerung erwarteten Reformgesetze durchzubringen. Im Parlament, einem riesengroßen Marmor- und Glasgebäude auf einem für Bonner Politiker beneidenswertem riesigen Areal, haben die Abgeordneten keine eigenen Arbeitszimmer, geschweige denn Schreibkräfte. Öymen kennt die Probleme sehr wohl. Da sie aber nicht über Nacht zu lösen sind, will er „den Abgeordneten wenigstens in Dreier- oder Fünfer-Gruppen ein Arbeitszimmer und eine Schreibkraft verschaffen".

An den Fähigkeiten seiner Kollegen zweifelt er nicht. „Jedenfalls unsere Fraktion hat sich bei den letzten Wahlen stark verjüngt. Fast zwei Drittel der CHP-Abgeordneten sind junge Kollegen. Sie kommen direkt aus dem raschen gesellschaftlichen Wandlungsprozeß heraus, den sie aktiv mitgestalteten. Dem Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechend, fehlen ihnen aber oft Möglichkeiten zur geordneten und geplanten Arbeitsweise. Sie können beispielsweise ihre Kontakte zu den Wählern nicht mit Terminplanung oder Verabredungen koordinieren. Der Wähler kommt einfach und will seinen Abgeordneten sprechen. Das hat andererseits auch positive Seiten."

In der Tat werden politische Kontakte, sogar wichtige vertrauliche Gespräche, im Parlamentsrestaurant durchgeführt. Das wollen die Republikaner ändern. Sie haben schon als Hauptoppositionspartei eine Planungsgruppe gebildet, die sich Gedanken machte, wie das Parteiprogramm in der Regierungsverantwortung verwirklicht werden kann. Viele von diesen Fachleuten bekleiden heute Ministerämter. Das zeigt, das Ecevit keine Zeit verlieren will und kann. Wenigstens mit diesen Fachleuten im Kabinett will er das Niveau der Staatsführung heben, auf das es zur Zeit der Demirel-Regierung abgesackt war. Dazu Altan Öymen: „Während der Demirel-Regierung wurden wir oft Zeugen von Denk- und Verhaltensweisen, die nicht in das vierte Quartal des 20. Jahrhunderts passen. Minister haben oft Ansichten geäußert, die wie im alten orientalischen Kaffeehausklatsch auf Gerüchten basierten. Das Diskussionsniveau des Publikums, das im Café vor dem Fernseher versammelt war, war oft höher als das von Politikern, die im Fernsehen sprachen."

Vor dem Hintergrund der gewaltigen Probleme, die auf Lösung warten, meint Öymen zu den Erfolgsaussichten der dritten Ecevit-Regierung: „In dieser Situation müssen wir alle realistisch und geduldig sein. Aber schon die außenpolitischen Aktivitäten nach zwei Regierungswochen zeigen, daß diese Regierung vieles machen kann. Zwischen der Türkei Ende 1977 und Anfang 1978 gibt es enorme qualitative Unterschiede. Die Menschen sind nicht mehr hoffnungslos wie vorher." Und weiter: „Man sollte sich aber nicht in einen intellektualistischen Luxus begeben, in dem man alle Erwartungen auf einen Schlag erfüllt sehen möchte."



Ministerpräsident Bülent Ecevit

Die Erwartungen sind dennoch groß — besonders unter der Intelligenz und unter der Arbeiterschaft — nicht nur hinsichtlich der Regierung, sondern auch hinsichtlich der CHP. Wird die Partei ihrer Rolle gerecht? Dazu der zum stellvertretenden Generalsekretär gewählte Professor Ugur Alacakaptan: „In der Tat befindet sich die CHP an einem bedeutenden Wendepunkt. Sie ist in den letzten sieben bis acht Jahren zur größten politischen Organisation des Landes geworden. Sie muß sich weiterhin in einer gesunden Form stärken. Jetzt haben wir auch die Regierungsverantwortung, sie bringt zusätzliche Aufgaben.

Weiter: „Die Übernahme der Regierungsverantwortung muß sich zur politischen Macht wandeln. Die kann nur durch enge Zusammenarbeit zwischen Partei und Regierung verwirklicht werden. Eine weitere Aufgabe, vor der unsere Partei steht, ist die Anwendung unserer neuen Satzung in der politischen Praxis. Deswegen muß sich die ganze Parteiorganisation in Geschlossenheit der Verwirklichung der satzungsmäßigen Aufgaben widmen." Ein Hinweis des anerkannten Strafrechtlers Alacakaptan, der als aufrechter Demokrat nicht nur in seiner Partei großes Ansehen genießt und während der Militärdiktatur 1971—1973 verfolgt wurde, auf die heftigen Fraktionskämpfe in seiner Partei.

Wie auch Ecevit, der die Spitzen der internen Gruppierungen mit der Auflage, die Parteiämter abzugeben, in die

▷ Fortsetzung auf Seite 19

Kurze Geschichte der Türkei

2.11.1914
Kriegseintritt der Türkei an der Seite Deutschlands.
7.11.1917
Oktoberrevolution in Rußland.
30.10.1918
Waffenstillstand von Mudros. Besetzung Istanbuls und verschiedener Teile Anatoliens durch die Entente (u.a. England, Frankreich, Italien).
1919
– Landung griechischer Truppen in Izmir. Beginn des türkischen nationalen Befreiungskampfes durch Bildung von Partisanen-Abteilungen.
– Ankunft von Mustafa Kemal in Samsun; er setzt sich an die Spitze des nationalen Befreiungskampfes der Türkei.
1920
– Bildung einer provisorischen Regierung in Ankara unter Vorsitz Mustafa Kemals.
– Bildung der demokratisch-antiimperialistischen Organisation „Grüne Armee", die die gegen die Besatzer kämpfenden Partisanenabteilungen zusammenfaßt.
– Militärische Verträge zwischen der Regierung von Ankara und der UdSSR.
– Vertrag von Sevres zwischen der Sultansregierung in Istanbul und der Entente, der die Aufteilung der Türkei auf die Entente vorsieht.
– Die UdSSR erkennt den Vertrag von Sevres nicht an.
– 1. Mai Demonstrationen in Istanbul gegen die Besatzer.
– Erzwungene Selbstauflösung der „Grünen Armee" durch die Regierung Mustafa Kemals. Bildung einer regulären Armee. Gesetz über die Auflösung von Partisanenabteilungen.
– Erste sowjetische Hilfe an die türkische Befreiungsbewegung.
– Gründung der Kommunistischen Partei der Türkei durch Mustafa Suphi in Baku.
1921
– Heimtückische Ermordung der Führer der Kommunistischen Partei der Türkei am Schwarzen Meer.
– Türkisch-Sowjetischer Freundschaftsvertrag.
1922
– Verbot der Kommunistischen Partei der Türkei.
– Evakuierung Anatoliens durch die Besatzer.
1923
– Gründung der Republikanischen Volkspartei durch Mustafa Kemal.
– Vertrag von Lausanne. Evakuierung Istanbuls durch die Entente. Ankara wird Hauptstadt.
– Abschaffung des Sultanats.
– Ausrufung der Türkischen Republik. Mustafa Kemal wird der erste Präsident der Türkei.
– Wirtschaftskongreß in Izmir. (Mit diesem Kongreß wid die kapitalistische Entwicklung und die Förderung einer nationalen Bourgeoisie festgelegt.)
1924
– Abschaffung des Kalifats.
– Ausarbeitung einer Verfassung nach westlichem Muster.
1925
– Verabschiedung des „Ordnungsschutzgesetzes", das jegliche politische und berufliche Organisation sowie Streiks verbietet.
– Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag zwischen der Türkei und der UdSSR.
1927
Verhaftungswelle gegen die TKP-Mitglieder.
1932
Politik des Etatismus in der Wirtschaft.
1935
Verlängerung des türkisch-sowjetischen Vertrages von 1925 um 10 Jahre.
1936
Übernahme der Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzes aus Mussolini-Italien, die jegliche Versammlungs-, Meinungs- und Organisationsfreiheit verbieten und heute noch gültig sind.
1938
Tod von Mustafa Kemal Atatürk.
1946
Verhaftungswelle gegen Kommunisten.
– Gründung der Demokratischen Partei.
1947/48
Truman-Doktrin und Marshall-Plan bringen die Türkei in völlige Abhängigkeit von den USA.
1950
Wahlsieg der Demokratischen Partei.
Beginn des 10 Jahre andauernden, USA hörigen Bayar-Menderes Despotismus.
– Entsendung einer 4.500 Mann starken Truppe nach Korea zur Unterstützung der US-Intervention.
1951
Verhaftungswelle gegen die TKP-Mitglieder.
1952
Die Türkei tritt der NATO bei.
1955
Die Türkei tritt dem militärischen Bagdad-Pakt (später CENTO) bei.
1960
Militärputsch. Auflösung der Demokratischen Partei und Verhaftung ihrer Führer und Regierungsmitglieder.
1961
Annahme einer neuen demokratischen Verfassung.
1965
Wahlsieg der Gerechtigkeitspartei, die als Nachfolgerin der Demokratischen Partei gegründet wurde.
Beginn einer neuen Periode unter Demirel.
1967
Gründung der DISK („Progressiver Gewerkschaftsbund").
– Machtvolle Studentendemonstration gegen das Einlaufen der 6. US-Flotte in türkische Häfen.
– Kampfdemonstrationen gegen die NATO.
1969
Wahlsieg der Gerechtigkeitspartei unter Demirel.
10.6.1970
Machtvolle Demonstration von 100.000 Arbeitern gegen die gewerkschaftsfeindliche Politik der Regierung. Einsatz von Panzern und Armeeeinheiten gegen die Arbeiter. 3 Tote, 100 Verletzte.
12.3.1971
– Reaktionärer Militärputsch. Beginn einer zweieinhalb Jahre andauernden Terror- und Unterdrückungswelle.
14.10.1973
Die Republikanische Volkspartei unter Ecevit geht aus den Wahlen als Sieger hervor, sie erringt jedoch nicht die absolute Mehrheit.
1974
Nach langem Tauziehen Bildung einer Koalition von Republikanischer Volkspartei (CHP) und Nationaler Heilspartei (MSP).
Juni 1974
Invasion der türkischen Truppen in Zypern.
31.3.1975
Machtantritt der Nationalistischen Front.



Die Türkei heute

Mit dem Machtantritt der Nationalistischen Front begann eine neue Phase in der Entwicklung der Türkei: jetzt war eine faschistische Partei, die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), an der Regierung beteiligt.
Diese Regierung kam nach langen Verhandlungen und durch direkten Eingriff des damaligen US-Außenministers Kissinger zustande und umfaßte die reaktionäre Gerechtigkeitspartei (AP), die Nationale Heilspartei (MSP), die Republikanische Vertrauenspartei (CGP) und die faschistische Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP).

Allein die Tatsache, daß die MHP mit nur 3 der insgesamt 450 Sitze im Parlament den stellvertretenden Ministerpräsidenten und dazu noch 2 Minister in der Regierung stellte, zeigte den Charakter und die Absicht dieser Regierung und die Rolle Demirels als Schutzherr der MHP.
Gestützt auf Demirel und die Gerechtigkeitspartei begann die nach SS-Muster organisierte MHP den Staatsapparat zu erobern und wichtige Posten in Verwaltung, Polizei und Armee zu besetzen. Ihre paramilitärisch ausgebildeten Schlägertrupps wurden zu Helfern der Staatssicherheitsorgane erklärt und gingen zu offenem Straßenterror über. Während der ersten Regierungszeit der Nationalistischen Front fielen 237 Menschen diesem Terror zum Opfer. Der politische Terror erreichte seinen Höhepunkt am 1. Mai 1977, als auf 700.000 friedliche Kundgebungsteilnehmer das Feuer eröffnet und 37 Menschen ermordet wurden. Die faschistischen Kräfte versuchten auch Ecevit während der Wahlkampagne zu ermorden.
Unter diesen Bedingungen wurden am 5. Juni 1977 die Wahlen abgehalten. Dank der Unterstützung der meisten Berufsverbände und Massenorganisationen und des Progressiven Gewerkschaftsbundes DISK, ging die Republikanische Volkspartei (CHP) aus den Wahlen als Sieger hervor, verfehlte jedoch knapp die absolute Mehrheit. Die minderheitsregierung von Ecevit lebte nur kurze Zeit und mußte die Macht bald wider an die Nationalistische Front unter Demirel abgeben, der diesmal eine Regierung unter noch größerem Einfluß der MHP bildete.
Doch die zweite Nationalistische Front-Regierung war nicht von langer Lebensdauer.

Der entschiedene Widerstand der Arbeiterklasse, der Werktätigen und aller demokratischen Kräfte gegen die Nationalistische Front versperrte Demirel und Türkesch den Weg zum Faschismus. Die volksfeindliche Politik der Regierung (117 Morde in 5 Monaten, Preiserhöhungen um 100–150% und wirtschaftliche Zerrüttung), die wachsenden inneren Widersprüche und die heftige Konkurrenz der Koalitionspartner stürzten das Land ins Chaos und brachten es an den Rand des Ruins.

Angesichts dieser Tatsache begannen die herrschenden Kreise der Türkei nach neuen Regierungsformeln zu suchen. Eine CHP-AP Koalition wurde von ihnen als beste Lösung hingestellt. Innerhalb der AP entstanden heftige Diskussionen über die Fortsetzung der Nationalistischen Front-Regierung. Im Dezember verließen 11 Abgeordnete die AP und stellten die Fortsetzung der Koalitionsregierung in Frage. Am 31. Dezember 1977 scheiterte die Regierung an der Vertrauensabstimmung.

Widerstand gegen die Nationalistische Front-Regierung

Parallel zur Verstärkung des Terrors seitens der Demirel-Regierung wuchs auch der Widerstand der Arbeiterklasse, der fortschrittlichen Kräfte und der breiten Volksmassen gegen die Demirel-Regierung, für nationale Unabhängigkeit, Frieden, Demokratie und Freiheit. Die Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen und die faschistischen Morde und Überfälle wurden mit machtvollen Protestdemonstrationen und -kundgebungen beantwortet. Manifestationen mit über 100.000 Teilnehmern, wie sie von DISK, der CHP und von anderen demokratischen Berufs- und Massenorganisationen durchgeführt wurden, waren keine Seltenheit mehr.
Am 1. Mai 1976 wurde die 52-jährige Verbotskette durchbrochen und der 1. Mai als Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse begangen. Die von DISK organisierte machtvolle 1. Mai-Kundgebung zählte über 500.000 Teilnehmer und war die bis dahin größte Manifestation in der Geschichte der Türkei überhaupt.
Die in Angst und Panik versetzte Regierung der Nationalistischen Front strebte mit aller Kraft danach, die sogenannten „Staatsschutzgerichte", eine Art Militärgerichte unter der Herrschaft der Militärs von 1971–73, wieder einzuführen. Demirel rief das Parlament, das in Urlaub war, eilig zu einer Sondersitzung zusammen, um das Gesetz über die „Staatsschutzgerichte" verabschieden zu lassen. Die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte, darunter auch die CHP, stellten sich entschieden dagegen. Trotz Verbot rief DISK zu einem Generalstreik auf, der 3 Tage dauerte und das Leben im ganzen Land lahmlegte. Dazu kam die entschiedene Opposition der CHP im Parlament. Zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei konnten die herrschenden Kräfte ein reaktionäres Gesetz nicht gegen den Willen der Werktätigen durchpeitschen.



Hochzeit von zwei Gewerkschafts-Agitatoren während des Metallarbeiterstreiks 1977.

sich mit dem Streikkampf der Metallarbeiter gegen MESS zu solidarisieren und den Arbeitern Lebensmittel, Kleidung und Geld zu schicken.
Die internationale Solidarität kam besonders in der Teilnahme und aktiven Mitwirkung von portugiesischen, griechischen, deutschen, französischen, englischen, spanischen, chilenischen Arbeitern an Solidaritätskomitees zum Ausdruck, die in der BRD, in Holland, Belgien, Frankreich, England, in der Schweiz, in Westberlin, in Schweden gebildet wurden.
Anfang Februar ging dieser längste und wichtigste Streik in der Geschichte der türkischen Arbeiterbewegung zu Ende. Die Unternehmer von MESS wurden gezwungen, die Löhne um 200 bis 300% zu erhöhen (die Stundenlöhne werden danach bei zwei bis vier DM liegen). Für die Dauer des Streiks werden die Gehälter nachgezahlt. Die Arbeitszeit wird ab sofort von 48 Stunden pro Woche auf 47,5 herabgesetzt, und im nächsten Jahr soll sie um eine weitere Stunde verringert werden. Nicht alle Forderungen wurden durchgesetzt. Dennoch war der Erfolg erheblich.
Auch nach dem Ende des Streiks tut Solidarität weiterhin not: Die Streikkassen sind praktisch leer, noch besteht die Gefahr von „Gegenaktionen" der Unternehmer. Auch versuchen sie, das ihnen Abgerungene durch Preissteigerungen wieder wettzumachen.



Haupttransparent auf dem Kundgebungsplatz der DISK am 1. Mai 1977 in Istanbul. Davor: „Für die Aufhebung der Paragraphen 141 und 142" (diese Paragraphen schränken die Meinungs- und Organisationsfreiheit ein).

Die neue Regierung und die Forderungen der fortschrittlichen Kräfte

Anfang Januar 1977 bildete der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei, Ecevit, eine neue Regierung unter Beteiligung der beiden konservativen Parteien, der Republikanischen Vertrauenspartei (CGP) und der Demokratischen Partei (DP) sowie den 10 aus der AP ausgeschiedenen, ebenfalls konservativen unabhängigen Abgeordneten. Die neue Regierung von Ecevit wurde vom Staatspräsidenten Korutürk bestätigt und erhielt das Vertrauen des Parlaments.

Alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in der Türkei sind froh, ohne die Nationalistische Front-Regierung in das neue Jahr eingetreten zu sein. Doch auf die Art und Weise der Bildung der Ecevit-Regierung reagierten sie nicht ohne Sorge und Skepsis. Denn in den letzten Monaten war ein verstärkter Rechtsruck in der Politik der CHP-Führer zu beobachten. Sie ziehen es vor, mit den konservativen Rechtskräften zusammenzugehen, als mit den demokratischen Kräften. Der einzige Abgeordnete der Demokratischen Partei im Parlament, Faruk Sükan wurde stellvertretender Ministerpräsident; während der Herrschaft der Militärs 1971–73 hatte er einen berüchtigten Ruf als Innenminister. Der Vorsitzende der Republikanischen Vertrauenspartei, die im Parlament nur 2 Sitze hat, Fevzioğlu, wurde ebenfalls stellvertretender Ministerpräsident; in der ersten Nationalistischen Front-Regierung hatte er diesen Posten auch inne. Zehn der elf aus der AP ausgeschiedenen Abgeordneten erhielten in der Ecevit-Regierung einen Ministerposten; sie sind eindeutig als Rechtskonservative einzustufen.

Unter diesen Umständen fällt es selbst den CHP-Mitgliedern schwer, von dieser Regierung eine grundlegende demokratische Wende zu erhoffen. Doch die Lebensdauer dieser Regierung wird davon abhängen, ob sie sich auf das werktätige Volk stützt, das heißt, ob sie die schweren Probleme des Landes zu seinen Gunsten zu lösen bemüht sein wird.

Die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte machen sich keine Illusionen, sie beharren jedoch auf ihren Forderungen, daß:

- Die faschistischen Morde und Überfälle endlich beendet werden.
- Die Mörder bestraft und die faschistischen Organisationen aufgelöst werden.
- Demokratische Rechte und Freiheiten gewährt und garantiert werden.
- Die faschistischen Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches sowie das Verbot der Kommunistischen Partei der Türkei aufgehoben werden.
- Die politischen Gefangenen freigelassen werden.
- Eine demokratische Bodenreform durchgeführt wird.
- Die Türkei aus der NATO und CENTO austritt und die militärischen Stützpunkte in unserem Land aufgelöst werden.
- Eine friedliche und auf gegenseitigen Vorteil beruhende Außenpolitik betrieben wird.
- Die türkischen Truppen aus Zypern abgezogen werden.
- Die gewerkschaftlichen Rechte erweitert, das Recht auf freie Gewerkschaftswahl und das Recht auf Generalstreik gesetzlich anerkannt und die Aussperrung verboten wird.

Das sind die Forderungen, die eine demokratische Wende in unserem Land herbeiführen könnten.



„Der Faschismus wird [illegible] DISK [illegible] demokratisches System. Türkische Frauen während des Streiks"

Einige Daten zur gegenwärtigen Lage der Türkei

(Februar 1978)

Politische Parteien

(Parlament: 450 Sitze)

1. Cumhuriyet Halk Partisi (CHP) „Republikanische Volkspartei". 1923 von Atatürk gegründet, sozialdemokratisch orientiert. Tritt für demokratische Reformen ein. Bildet die größte Fraktion sowohl im Parlament als auch im Senat. Hat im Parlament 214 Sitze. Vorsitzender ist Ecevit.

2. Adalet Partisi (AP) „Gerechtigkeitspartei". Gegründet 1961, trat als Nachfolgerin der 1946 gegründeten und 1960 verbotenen Demokratischen Partei auf. Vertritt das in- und ausländische Großkapital und die Großgrundbesitzer. 178 Sitze im Parlament. Vorsitzender ist Demirel.

3. Milli Selamet Partisi (MSP) „Nationale Heilspartei". Eine reaktionäre, klerikale Partei, die danach strebt, die Islamgesetze auch im Staat in Anwendung zu bringen. 24 Sitze. Vorsitzender ist Erbakan.

4. Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) „Partei der Nationalistischen Bewegung". Eine faschistische Partei, die durch ihre bewaffneten und militärisch ausgebildeten Terrorkommandos und Schlägertrupps das Land ins Chaos treiben und damit die Macht erobern will. Seit 1973 kommen fast 400 Morde auf ihr Konto. Genießt großzügige Unterstützung der AP. 16 Sitze. Vorsitzender ist Türkesch, der 1944 wegen pro-nazistischer Umtriebe verhaftet wurde.

5. Cumhuriyetçi Güven Partisi (CGP) „Republikanische Vertrauenspartei". Eine konservative Partei. Abspaltung von der CHP. 2 Sitze. Vorsitzender ist Fevzioğlu, der zugleich stellvertretender Ministerpräsident ist.

6. Emokratik Parti (DP) „Demokratische Partei". Ebenfalls eine konservative Partei. Abspaltung von der AP. Vorsitzender ist Bozbeyli. Der einzige Abgeordnete der AP im Parlament Faruk Sükan ist zugleich stellvertretender Ministerpräsident.

7. Türkiye Komünist Partisi (TKP) „Kommunistische Partei der Türkei". 1920 gegründet. Seit 1922 illegal. Einzige in Europa noch verbotene Kommunistische Partei. Die CHP und breite demokratische Kreise befürworten die Legalisierung der TKP. Generalsekretär ist I. Bilen.

Ferner gibt es noch eine Reihe von sozialistischen Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, u.a. TIP, TSIP. Im Parlament sind außerdem noch 14 Unabhängige vertreten, 11 davon kommen aus der AP; 10 von ihnen sind an der Ecevit-Regierung beteiligt.

Gewerkschaften

1. Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu (Türk-İş) „Türkischer Gewerkschaftsbund", 1952 gegründet. Er verfolgte jahrelang eine „überparteiliche" Politik, indem er die Arbeiter vom politischen Leben fernhielt. Zählt etwa 500.000 Mitglieder. Vorsitzender ist Tunç.

2. Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu (DISK) „Progressiver Gewerkschaftsbund", 1967 gegründet. Vertritt konsequent die Interessen der Arbeiter. Die großen Aktionen, wie die Verhinderung des Gesetzes über die „Staatsschutzgerichte" und die Legalisierung des 1. Mai in der Türkei nach 52 Jahren Verbot verschafften DISK eine wichtige Rolle im politischen Leben des Landes.

Opfer der Erdbebenkatastrophe 1977 in Ostanatolien (Foto: Fikret Otyam)



Zahlt etwa 500.000 Mitglieder. Vorsitzender ist Baştürk.
Außer diesen beiden größten Gewerkschaftsbünden gibt es noch eine Reihe von einzelnen Gewerkschaften, die nicht zu einem Dachverband gehören.

Soziale Verhältnisse

1. Industrie und Arbeiterschaft: Die Industrie, hauptsächlich Montage- und Leichtindustrie, ist in den Großstädten konzentriert. Es fehlt an einer entwickelten Schwerindustrie und an einer planmäßigen Entwicklung. Deswegen geht der Industrialisierungsprozeß sehr langsam voran. Hinzu kommt, daß das ausländische Kapital eine beherrschende Rolle in der Industrie des Landes spielt und nicht an der schnellen Industrialisierung des Landes, sondern an schnellem Gewinntransfer interessiert ist.
Es gibt eine starke Abwanderungswelle aus den ländlichen Gebieten in die Städte, die die Arbeitslosigkeit schnell wachsen läßt. Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter: über 4 Millionen. Davon sind ca. 1,5 Millionen gewerkschaftlich organisiert. Zahl der ständig Arbeitslosen: über 3 Millionen. Zahl der zeitweise Arbeitslosen: über 10 Millionen.
2. Land und Bauernschaft: Es existieren Feudalverhältnisse. Das Land braucht dringend eine demokratische Bodenreform.
4.121.000 Bauernfamilien (insgesamt).
1.268.000 landlose Bauernfamilien (ca. 7 Millionen Menschen).
243.000 Bauernfamilien mit über 500 Dönüm Landbesitz (1 Dönüm: 919 m^2).
350 Großgrundbesitzerfamilien (Feudalherren, Agrarkapitalisten).
Beispiel: Eine Feudalherrenfamilie in Urfa (Südost-Anatolien) besitzt 51 Dörfer.
Jährlich wandern 500.000 arbeitslose Bauern in die Städte.
3. Nationale Minderheiten: Die Türkei ist ein Vielvölker-Staat. Neben Türken leben hier auch Kurden, Lasen, Araber, Tscherkesen, Armenier usw. Die größte Gruppe bilden die Kurden, die schwerem Terror und Unterdrückung ausgesetzt sind. Ihnen werden seitens der herrschenden Kreise der Türkei die elementarsten Menschenrechte, selbst das Recht auf eigene Sprache verweigert. Sie leben in den östlichen Gebieten, die am meisten unterentwickelt sind. Auch die Tatsache, daß im Parlament 160 kurdische Abgeordnete sitzen, die mit der türkischen Großbourgeoisie liiert sind, ändert nichts an der verschärften Unterdrückung und dem Terror gegenüber dem kurdischen Volk.
4. Erziehung und Analphabetismus: Ca. 60 der Bevölkerung sind Analphabeten. 1977 gab es 380.000 Bewerber für einen Studienplatz an den Universitäten und Hochschulen. Davon wurden nur ca. 30.000 aufgenommen, die anderen wurden arbeitslos.
5. Gesundheitswesen: Durchschnittliche Lebenserwartung: 41 Jahre. Auf 2.316 Personen kommt nur ein Arzt. (Im Osten des Landes dagegen auf ca. 10.000 Personen nur ein Arzt.)
Jedes vierte Kind stirbt, bevor es das 1. Lebensjahr vollendet.

Wirtschaftliche Lage

1. Nationaleinkommen (Verteilung): 13 Familien, 86 Multimillionäre, 350 Feudalherren und Agrarkapitalisten beherrschen die Türkei. 300.000 Menschen verfügen über 40 des Nationaleinkommens (0,75 der Bevölkerung). 39.700.000 Menschen verfügen über nur 60 des Nationaleinkommens (99,25 der Bevölkerung).
2. Ausländisches Kapital: 118 ausländische Gesellschaften sind im Lande tätig. 7 von 43 Banken sind in ausländischem Besitz. 1974 besaßen 58 von 95 ausländischen Gesellschaften in den türkischen Gesellschaften und Banken Anteile. Das USA-Kapital macht 30 des ausländischen Kapitals aus. Beim ausländischen Kapital kommen die USA an erster, die BRD an zweiter Stelle.
3. NATO- und Militärausgaben: NATO-Ausgaben seit 1952: 10 Mrd. Dollar, ca. 40 % des Budgets werden für NATO- und Militärausgaben ausgeworfen. Eine 500.000 Personen zählende Armee wird unter Waffen gehalten, davon 20.000 auf Zypern (zahlenmäßig zweitgrößte Armee in der NATO nach den USA). 101 NATO- und Militärstützpunkte und -Basen im Lande.
4. Inflation, Verteuerung: Inflation und Teuerung haben unermeßliche Höhen erreicht. Die Türkei ist eines der Länder mit der höchsten Inflationsrate der Welt (35–40%). Die bisherige Demirel-Regierung hat die Inflation in die Höhe getrieben, indem sie Milliarden Lira ohne Deckung in Umlauf setzte (insgesamt 40 Milliarden Lira).
Die Teuerung ist unerträglich. Erst Ende 1977 hatte die Demirel-Regierung eine Erhöhung der Preise um 100–150 % verfügt.
5. Auslandsverschuldung der Türkei: 7 Milliarden Dollar.
Außenhandelsdefizit der Türkei (in Mill. US-Dollar):
1970–1974 4.547
1975–1977 8.565
Die ersten 9 Monate 1977: 3.307
6. Türkische Währung und Devisenlage: Die türkische Währung wurde innerhalb des Zeitraumes vom 10.8.1970 bis 21.9.1977 insgesamt 39 mal abgewertet. (Allein während der Regierungszeit der Nationalistischen Front insgesamt um 40 %.) Der Wertverlust der türkischen Währung im Vergleich zu US-Dollar und DM beträgt:

	10.8.1970	21.9.1977	Wertverlust %
US-Dollar	14.85	19.25	29.6
DM	4.09	8.27	102.2

Die Devisenbestände, die beim Machtantritt der Nationalistischen Front-Regierung 1.4 Milliarden US-Dollar betrugen, sind aufgezehrt, z.Z. 4,52 Millionen Dollar.
Deviseneinnahmen durch die im Ausland beschäftigten türkischen Arbeiter: In den ersten 7 Monaten 1977: 560,3 Millionen US-Dollar.

Mehmet Mümker

****

Bergarbeiter in Zonguldak am Schwarzen Meer (Foto: Ibrahim Akyürek)

Seiten 13, 14, 15, 16 wurden entnommen dem hervorragenden Buch:

Hanefi Yeter
Ein türkischer Realist
Elefanten Press Galerie
in Zusammenarbeit mit dem Türkischen Akademiker- und Künstlerverein eV
Berlin (West) 1978

(MITGLIED DER FIDEF)

****

Welt der Arbeit
23. März 1978

Keine Wundermedizin gegen weltweite Beschäftigungskrise

Internationales Arbeitsamt: Wenig Hoffnung für Jugend, Frauen und Gastarbeiter

Um sechs bis sieben Prozent müßte das reale Bruttosozialprodukt jährlich steigen, um die Arbeitslosigkeit in den OECD-Staaten, also auch in der Bundesrepublik, zu beseitigen. Doch das sind nach der tristen Lage der Dinge völlig illusorische Wachstumsziffern.

Während die Wirtschaftswissenschaftler sich bemühen, das von Arbeitslosigkeit und Inflation bestimmte Dilemma zu entwirren, bringen etwa 15 Millionen Männer und Frauen in den Industrieländern, die keine Beschäftigung haben, dieses komplexe Problem auf einen einfachen, aber lebenswichtigen Nenner: Wann wird es für mich eine Stellung geben?

Gute Nachricht: Das düstere Bild, das uns an die Zeit der großen Wirtschaftskrise erinnert, wird von einigen hellen Punkten erleuchtet. Das allgemeine Beschäftigungsniveau ist im vergangenen Jahr in den Vereinigten Staaten und in Italien langsam, doch immerhin merklich auch in fünf weiteren Ländern, darunter Norwegen und Japan, gestiegen.

Schlechte Nachricht: Während des Jahres 1977 stieg die Arbeitslosigkeit unaufhaltsam in zahlreichen Ländern, vor allem in Kanada, Frankreich, Spanien und Großbritannien.

Nach den im statistischen Büro des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) zusammengestellten Daten erreichte die Zahl der Arbeitsuchenden im vergangenen März in Kanada mit 944 000 — das sind 9,2 Prozent der Arbeitsbevölkerung — einen neuen Rekord. Seit März 1960 hat es keinen solch hohen Anteil von Arbeitslosen in diesem Land gegeben.

Frankreich erreichte im Oktober die Rekordzahl von 1,2 Millionen Arbeitslosen.

Die britischen und spanischen Arbeitnehmer hatten unter der höchsten Arbeitslosigkeit seit 1939 zu leiden. Im Juli, August und September gab es über 1,6 Millionen Arbeitslose in Großbritannien, im August 548 000 in Spanien.

Neue Rekorde wurden auch in Neuseeland und unter der nicht eingeborenen Bevölkerung Südafrikas gemeldet, wo die Zahl der Arbeitslosen sich mehr als verdoppelte.

Kaum besser war die Lage in Finnland und Luxemburg, hier stieg die Arbeitslosigkeit um über 40 Prozent. Eine erhebliche Steigerung von mehr als 20 Prozent verzeichneten Australien und Schweden.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit ging in einigen Ländern — darunter Österreich, die Bundesrepublik Deutschland und Japan — nur langsam vonstatten.

Die IAA-Statistiken zeigen, daß in den USA, Irland, den Niederlanden, Norwegen und der Schweiz die Zahl der Arbeitsuchenden zurückging. In den meisten dieser Länder, vor allem in den USA und Norwegen, begann diese Entwicklung bereits 1976, während der Wendepunkt in Irland erst im vergangenen Jahr eintrat.

Den schärfsten Rückgang der Arbeitslosenziffern gab es in den USA: 1,14 Millionen weniger Arbeitslose im Dezember 1977 als im Jahr davor.

Allein zwischen dem dritten Quartal 1976 und dem dritten Quartal 1977 fielen die Ziffern in Norwegen um 10 000, das sind 30 Prozent.

Bedauerlicherweise liegen Informationen über das allgemeine Beschäftigungsniveau im Jahre 1977 nur für 15 Industrieländer vor. Aber diese Daten beweisen immerhin, daß in fast allen diesen Ländern die Zahl der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft anstieg, oft schneller als noch 1976.

Im vergangenen Jahr betrug der Beschäftigungsanstieg über 3 Prozent in den USA, Israel und Jugoslawien und über 5 Prozent in Italien. In den USA stieg die Wachstumsrate von Monat zu Monat, von 2,8 Prozent im Januar bis zu 4,7 Prozent im Dezember, insgesamt stieg die Zahl der Arbeitnehmer um die Rekordziffer von 4,13 Millionen im Zeitraum von zwölf Monaten.

Japan, Kanada, Norwegen und Österreich meldeten einen geringen Anstieg des Beschäftigungsniveaus zwischen 1 und 3 Prozent, während der Zuwachs in Australien, Frankreich und Großbritannien unter einem Prozent blieb.

In der Bundesrepublik Deutschland ging das Beschäftigungsniveau 1977 um 0,5 Prozent zurück, das ist jedoch eine geringere Einbuße als in den beiden Jahren zuvor.

Insgesamt stieg das allgemeine Beschäftigungsniveau in den Industrieländern trotz des Rückgangs bei den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und häufig auch in der Fertigwarenindustrie. Die meisten neuen Arbeitsplätze konnten im sich weiter ausdehnenden tertiären Sektor geschaffen werden.

Das könnte zum Teil erklären, warum der Beschäftigungszuwachs in mehreren Industrieländern bei weiblichen Arbeitnehmern höher war als bei männlichen. In Japan waren unter 600 000 Personen, die zwischen Oktober 1976 und 1977 einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben, 450 000 Frauen.

Auch unverbesserliche Optimisten wissen keine Wundermittel gegen die weltweite Beschäftigungskrise. Die 23 reichen Länder der OECD sehen ein vorsichtiges und bescheidenes Wachstum zwischen 3 und 5 Prozent für die kommenden Jahre voraus. Das würde gegen das Beschäftigungsproblem ernsthaft kaum etwas ausrichten. Denn dafür müßte das reale Bruttosozialprodukt während des Restes der siebziger Jahre um 6 bis 7 Prozent jährlich wachsen.

Viele befürchten, daß eine solche Beschleunigung die Wirtschaft überhitzen, die Zahlungsbilanz-Probleme wachsen lassen und die Inflation antreiben würde.

Das Bild könnte sich noch weiter verdunkeln, bevor es endgültig heller wird, da die hohen Geburtenzahlen der fünfziger Jahre sich weiterhin auf den Arbeitsmarkt auswirken. Hinzu kommt, daß immer mehr Frauen in den Wettbewerb um Plätze auf dem kleiner werdenden Arbeitsmarkt eintreten. In den OECD-Ländern wird die Zahl der Arbeitsuchenden bis 1990 wahrscheinlich um 48 Millionen anwachsen.

Entmutigend ist das Beschäfigungsproblem in der Dritten Welt: Dort leben heute über 300 Millionen Arbeitslose und Unterbeschäftigte, während bis zum Jahr 2000 bis zu einer Milliarde Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden müssen.

Die Beschäftigungsexperten des IAA haben bereits in den späten sechziger Jahren die Alarmglocke geläutet und auf die sich zusammenbrauende weltweite Beschäftigungskrise hingewiesen. Die Organisation stellte in der Folge ein neues Entwicklungskonzept auf, das die Arbeitsplatzbeschaffung in das Zentrum aller staatlichen Aufbaubemühungen, besonders in Entwicklungsländern rückte.

Heute deutet die IAO auf die beunruhigende Tatsache, daß für die Jugendlichen, die Frauen, die älteren Arbeitnehmer und die Gastarbeiter, die von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen wurden, nur wenig Hoffnung besteht.

Unter diesen Umständen sind Sondermaßnahmen dringend nötig, wie sie die Regierungen in Übereinstimmung mit den IAO-Normen zum Schutz der verwundbarsten Teile der Arbeitsbevölkerung ergreifen können.

ROSALIE DUCOMMUN

Keine Urteilsüberprüfung durch Ausländerbehörden

dpa, Berlin

Die gesetzliche Voraussetzung für die Ausweisung eines Ausländers aus der Bundesrepublik ist die Verurteilung durch ein Gericht, nicht aber die der Verurteilung zugrunde liegende Tat. Das Bundesverwaltungsgericht betonte in einem Urteil, bei einer Ausweisung habe die Ausländerbehörde nicht zu ermitteln, ob die tatsächlichen Feststellungen des Strafgerichts, die die Verurteilung tragen, zutreffend seien. Es sei nicht Aufgabe der Ausländerbehörde, das Strafverfahren gewissermaßen zu „wiederholen“. Allenfalls in Ausnahmefällen könne es geboten sein, zu prüfen, ob die tragenden Feststellungen des Strafurteils zutreffen. AZ.: 1 (b) (BBB) 64.78 vom 2. 3. 1978.

▲ Die Welt, 31. März 1978

Hanauer Anzeiger, 20. März 1978 ▶

▼ Wetzlarer Neue Zeitung, 4.3.1978

Nein zu Gastarbeiterausstellung

Main-Kinzig-Kreis. — Der Vorstand des Kreisverbandes Hanau der Europaunion hat sich mit Mehrheit gegen die Absicht ausgesprochen,in Hanau die Gastarbeiterausstellung des Malers Dragutin Trumbetas zu zeigen. Wie durch Monika Sumerauer, die Hanauer SPD-Stadtverordnete, in ihrer Eigenschaft als Geschäftsführerin der Europaunion mitgeteilt wurde, sei der Vorstand nach gründlicher Diskussion mehrheitlich zu der Auffassung gelangt, auf die Ausstellung zu verzichten, weil diese überwiegend negative Gesichtspunkte des Gastarbeiterdaseins in der Bundesrepublik verdeutliche, wie vor allem die Christdemokraten festgestellt hätten. Sie seien weiter der Auffassung gewesen, daß es Aufgabe der Europaunion sei, die positiven Aspekte eines vereinten Europas herauszustellen. Durch den Vorsitzenden der Europaunion in Hessen, Petermann, der an der Hanauer Sitzung teilgenommen habe, sei herausgestellt worden, daß die Trumbetas-Ausstellung im Kreis Offenbach mit Erfolg gezeigt worden sei. Dennoch sei die Mehrheit des Kreisvorstandes dagegen gewesen, die Veranstaltung in Hanau durchzuführen, fügte Monika Sumerauer hinzu.

Ausländer-Kinder zählen im neuen Schuljahr doppelt

HANNOVER (nrp) Zum Schuljahresbeginn 1978/79 will der niedersächsische Kultusminister Remmers die Frequenz in Klassen, deren Ausländer-Anteil bei mehr als 20 Prozent liegt, verringern.

Um die Situation ausländischer Kinder zu verbessern, plant Remmers in 203 Grund- und 96 Hauptschulklassen, daß diese benachteiligten Schüler künftig „doppelt“ gezählt werden. Das bedeutet, daß zusätzlich 35 Grundschulklassen und 17 Hauptschulklassen eingerichtet und 72 Lehrer neu eingestellt werden.

Lehrern der betroffenen Klassen sollen keine speziellen Hilfen, Lehrpläne etc., bereit gestellt werden, da die Zusammensetzung der Ausländerkinder innerhalb einer Klasse nach Remmers Ansicht sehr unterschiedlich sein kann und keine allgemeinen Rezpete gegeben werden könnten. Vielmehr sei hier der Lehrer gefordert, für die spezielle Situation seiner Klasse die richtigen Unterrichtsvorbereitungen zu treffen.

Der Kultusminister ist darüber hinaus der Meinung, daß im Rahmen der Lehrerausbildung und -fortbildung diese Problematik, zumindest in Ballungsgebieten mit hohem Ausländeranteil, verstärkt berücksichtigt werden müsse.

Braunschweiger Zeitung, 23.3.1978

In der Mainmetropole leben fast 115000 Ausländer

Jeder fünfte Frankfurter zog von jenseits der deutschen Grenzen zu

Frankfurt (re). Die Zahl der Ausländer in Frankfurt nimmt zwar seit einigen Jahren leicht ab, dennoch hat die Mainmetropole unter den großen deutschen Städten nach wie vor den höchsten Ausländeranteil. 18,2 Prozent aller Bürger kommen aus dem Ausland. Konkret: Von rund 631 000 gemeldeten Einwohnern sind fast 115 000 aus vornehmlich europäischen Ländern zugezogen. Damit ist beinahe jeder fünfte Bürger Ausländer.

Wo Wohnungen preiswert und die Arbeitsplätze in der Nähe sind, dort haben sich Ausländer niedergelassen. So verwundert es nicht, daß ihr Anteil in reinen Wohngebieten verschwindend gering, in industrienahen Ortsteilen und Stadtbezirken mit einem großen Angebot an Altbauwohnungen jedoch hoch ist.

Im Frankfurter Nordend wohnen weit über 15 000 Ausländer. Im Gallusviertel sind etwa 8000 ausländische Bürger registriert. Und im Frankfurter Ostend, in unmittelbarer Nähe eines kilometerlangen Industriegebietes, wohnen 7200 Ausländer. Der wegen seiner gemütlichen — und zahlreichen — Kneipen bekannte Stadtteil Bokkenheim hat 7900 Ausländer unter seiner Bevölkerung. Nicht verwunderlich, denn in der Nähe befindet sich ebenfalls ein Industriegebiet.

Vergleichsweise gering sind die Ausländerzahlen in den Ortsteilen am Stadtrand, obwohl aber auch dorthin immer mehr ausländische Mitbürger ziehen. Im Bereich des Frankfurter Flughafens etwa wohnen nur 176 Ausländer, 244 sind es in Berkersheim, je 257 in den erst dieses Jahr eingemeindeten Dörfern Nieder-Erlenbach und Harheim. Im Bereich der Altstadt sind 583 Ausländer angesiedelt, bei dort aber insgesamt nur knapp etwas über 4000 Bewohnern immerhin ein stattlicher Anteil.

Jeder fünfte Ausländer in Frankfurt am Main kommt aus Jugoslawien (21,5 Prozent), jeder sechste (16,9) aus der Türkei, jeder siebte (14,7) aus Italien. Es folgen Spanier (9) und schließlich Griechen (7,4 Prozent). Der zwischen 1966 und 1977 von etwa acht auf 18,2 Prozent gestiegene Anteil ausländischer Bürger ist auch deutlich bei den Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen abzulesen. An Grund- und Hauptschulen hat sich der Ausländeranteil von zwei auf fast 21 Prozent erhöht.

Die Gruppe der zwischen 25- und 30jährigen mit insgesamt mehr als 19 000 Personen ist die größte. Es folgen die anderen Gruppen der hauptsächlich im Erwerbsleben stehenden Jahrgänge. Aber die Statistik macht auch deutlich, daß die ausländischen Mitbürger, die hier einen Arbeitsplatz gefunden haben, oft ihre großen Familien nachkommen lassen bis hin zu Eltern und Großeltern. Da gibt es dann auch ausländische Frankfurter, die schon über 90 Jahre alt sind.

Interessant ist auch der Vergleich bezüglich des Geborenenüberschusses. Während die Tendenz bei der deutschen Bevölkerung seit Jahren stark rückläufig ist (1976: minus 4757), kann der ausländische Bevölkerungsanteil seit mehr als zehn Jahren stets auf einen Geburtenüberschuß verweisen. Bis Ende 1976 etwa betrug er fast 2000 Personen.



„Ich vermiete nicht an Ausländer, oder können Sie 300 Mark zahlen?“

Zeichnung: Kurt Halbritter Vorwärts, 23.2.1978

Türken fordern bessere Bildung für ihre Kinder

„Unterricht gemeinsam mit deutschen Schülern!"

Bonn (dpa). Die türkischen Arbeitnehmer fordern eine bessere Ausbildung ihrer Kinder in den deutschen Schulen und im Beruf. Die „Föderation der türkischen Arbeitervereine" (FIDEF) veröffentlichte kürzlich einen Bericht zur Bildungssituation der rund 350 000 türkischen Kinder in der Bundesrepublik, in dem es heißt, die allgemeine Schulpflicht bei ausländischen Kindern sei nicht einmal durchgesetzt worden. In Nordrhein-Westfalen sei beispielsweise festgestellt worden, daß jedes dritte ausländische Kind im Schulalter der Schule fernbleibe.

In dem Bericht, der inzwischen auf einem ersten Bildungskongreß der Arbeitervereine mit deutschen Bildungsexperten diskutiert wurde, wird insbesondere den Kultusministerien der Länder vorgeworfen, nichts oder zu wenig gegen die nach Meinung der Autoren katastrophale Bildungssituation der ausländischen Arbeiterkinder zu tun.

Als Beispiele werden unter anderem genannt, daß mehr als 60 Prozent der ausländischen Kinder den Hauptschulabschluß wegen schlechter Schulbedingungen nicht erreichen und nur 1827 türkische Kinder im Schuljahr 1974/75 ein Gymnasium besuchten. Dabei handele es sich vorwiegend um Kinder von Ärzten, Lehrern, Konsulatsbeamten und nur in ganz geringem Ausmaß um Arbeiterkinder.

Die türkischen Arbeitervereine fordern vor allem, daß die türkischen Kinder grundsätzlich gemeinsam mit ihren deutschen Mitschülern unterrichtet werden. Zusätzlich sollten sie fünf Wochenstunden Unterricht in der Muttersprache und darüber hinaus Informationen über das Heimatland als zeugniswirksame Pflichtfächer erhalten. Sondereinrichtungen, wie muttersprachliche Klassen oder auch Nationalschulen werden abgelehnt, weil sie nach Meinung der Vereine am Rande des Schulwesens und fernab jeder öffentlichen Kontrolle ein „trauriges Dasein" fristen würden. Entschieden wird für die Durchsetzung der integrierten Gesamtschule plädiert, da nur sie auf Dauer die Interessen der ausländischen Kinder wirksam absichern könne.

Wetzlarer Neue Zeitung, 4.3.78

Jeder vierte Ausländer verlor seinen Arbeitsplatz

BM/dpa **Berlin, 30. März**

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern stellt die wirtschaftspolitischen Instanzen nach wie vor vor große Probleme. In der Bundesrepublik, so betont das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem neuen Wochenbericht, werden immer wieder Forderungen nach einem einschneidenden Abbau der Ausländerbeschäftigung laut.

Demgegenüber drängt das Ausland unter Hinweis auf die noch verhältnismäßig günstige Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik auf eine Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für ausländische Arbeitnehmer. Die Bundesregierung verfolgt in der Ausländerpolitik einen Mittelweg, der eine Eindämmung des Zuzugs sowie die Integration der fast vier Millionen Ausländer in das wirtschaftliche und soziale Gefüge der Bundesrepublik vorsieht.

Das DIW kommt zu der Ansicht, daß weitere „erhebliche Anstrengungen" zur Eingliederung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik notwendig sind. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung des Zuzugs sind wirksam gewesen, doch sie haben nicht zu einer Lösung der Beschäftigungsprobleme der Ausländer geführt.

Von den fast vier Millionen Ausländern stammten 1976 800 000 aus EG-Staaten. Von den anderen Nationalitäten hielten sich 1,4 Millionen länger als sechs Jahre in der Bundesrepublik auf. Von 1973 bis 1976 entfielen über 40 Prozent des Beschäftigungsabbaues auf Ausländer, obwohl deren Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen kaum zehn Prozent betrug. Jeder vierte Ausländer verlor seinen Arbeitsplatz, bei den Deutschen war es jeder 25.

Einen weiteren forcierten Abbau der Ausländerbeschäftigung hält das DIW für nicht vertretbar. Die Tätigkeitsmerkmale und Qualifikationsanforderungen der Arbeitsplätze von Deutschen und Ausländern stimmten oft nicht überein. Deshalb wäre eine Substitution der Ausländer durch Deutsche „kaum in größerem Umfange möglich".

Berliner Morgen, 30. März.1978

Pegnitz Zeitung 24. März.1978

Gastarbeiter abfinden

GERSDORF. — Im Kalenderjahr 1977 ist an arbeitslose Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitslosengeld in Höhe von fast 500 Millionen DM gezahlt worden, erklärte Kreisvorsitzender Engelmann bei einer NPD-Arbeitssitzung in Gersdorf.

Das seien mehr als 10 Prozent der Gesamtausgaben für Arbeitslosengeld. Die höchsten Aufwendungen mußten für Türken mit fast 150 Millionen DM erbracht werden. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit deutscher Arbeitnehmer müßte ein Teil der ausländischen Gastarbeiter abgefunden und in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Auf Erscheinungsformen sogenannter „Auch-Rechter" wies der Kreisvorsitzende darauf hin, daß als Vertreter nationaler Politik nur die verfassungstreue NPD eine glaubwürdige Alternative bildet. Hofmann's Wehrsportgruppe oder Schönborn's Kampfbund deutscher Soldaten und gewisse Ein-Mann-Verteiler von selbstgefertigten Flugblättern betrachte die NPD als provozierende Sekten, „die zumeist vor Wahlen zur Verunsicherung der Wähler auftreten und darüber hinaus den deutschfeindlichen Meinungsmachern in reichem Maße Ansatzpunkte für Munition gegen Deutschland liefern".

NEUE TÖNE in ANKARA v. Özcan Saglam

Fortsetzung von Seite 12

Regierung aufnahm, scheint Alacakaptan entschlossen, den inneren Auseinandersetzungen ein Ende zu setzen, die bei den letzten Kommunalwahlen viele Stammwähler und dadurch Bürgermeisterposten in ihren „Hochburgen" kosteten. „Diesen Alptraum will ich nicht wieder erleben", war die Reaktion Ecevits. Alacakaptan soll dies verwirklichen.

Es scheint, daß er diese schwere Aufgabe meistern wird, da sein Ansatz an die Wurzeln des Übels geht. „Wir müssen die Satzungsbestimmungen insofern verwirklichen, als wir unsere Organisationsstruktur verändern. Wir müssen in verstärktem Maße die arbeitenden Menschen in der Partei organisieren, indem wir Arbeiterkomitees, Dorfkomitees und Handwerkerkomitees gründen. Die alten geographisch und verwaltungsmäßig strukturierten Organisationsformen müssen vor den Betriebsgruppen weichen."

Grund dazu hat er. Denn im Gegensatz etwa zu sozialdemokratischen Funktionären orientiert sich die Basis der Gewerkschaften in zunehmendem Maße an weiter links stehenden Organisationen. Durch die harten Arbeitskämpfe der letzten Jahre gelang es sogar der illegalen KP, Positionen zu gewinnen. Alacakaptan: „Die parteiinternen Auseinandersetzungen sollen aber keineswegs abgeblockt werden. Sie sind für eine demokratische Organisation unverzichtbar, und unsere Partei muß auch einen wichtigen Beitrag zu der weiteren Demokratisierung des Landes leisten. Wir werden auch gegenüber den Impulsen, die von außerhalb an uns herankommen, nicht taubstumm sein."

Dies sind andere Worte, als sie das türkische Volk jahrzehntelang hören mußte. Die Zeichen deuten darauf hin, daß mit dem Jahr 1978 für die Türkei eine neue Epoche angebrochen ist.

„Koranschulen“:

Gegen die Verfassung?

Deutsche Presse-Agentur

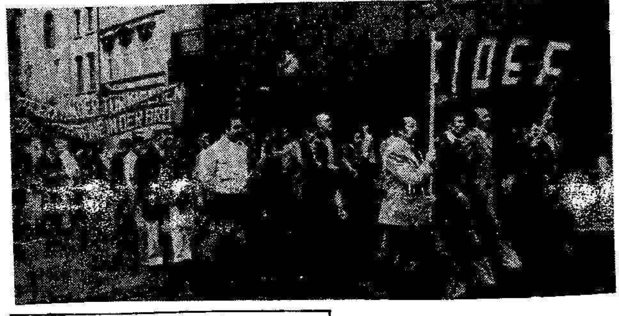
Düsseldorf — Die sogenannten „Koranschulen" für türkische Gastarbeiterkinder verfolgen möglicherweise strafrechtliche und verfassungsfeindliche Ziele. Diesen Verdacht äußerte gestern der nordrhein-westfälische Sozialminister Prof. Friedhelm Farthmann (SPD) vor dem Jugendausschuß des Landtags. Der Minister bedauerte, daß die türkische Botschaft bisher nicht auf deutsche Bitten um Erläuterung der Tätigkeit dieser angeblichen Schulen geantwortet hat.

Aus den vorgetragenen Berichten, auch des „Verbandes türkischer Lehrer" in Dortmund, ergab sich ein erschreckendes Bild: Offenbar werden die Türkenkinder in geheimnisvollen Privatkursen von nicht legitimierten Lehrern, den „Hodschas", mit Stockschlägen traktiert, zur Vorherrschaft des Mannes über die Frau erzogen und zum Verzicht auf Freundschaft mit deutschen Altersgenossen angehalten. Die Kinder kommen oft geschunden und müde in die deutsche Schule, weil sei bereits um sechs Uhr morgens die Kurse besucht haben.

Farthmann berichtete, jede Strafverfolgung sei bisher an einer Wand des Schweigens gescheitert. Ein Beauftragter des Justizministeriums meinte, Beweise seien nur schwer zu erhalten.

▲ Rheinische Post, 10. Mai 1978

Rheinische Post, 13. Mai 1978 ▶



An der grossen antifaschistischen Demonstration am 22. April 1978 in Köln nahmen auch zahlreiche türkische Antifaschisten teil.
Die FIDEF hat gemäss dem Beschluss des 2. FIDEF-Kongresses zur massenhaften Teilnahme an der Demonstratic aufgerufen.
In dem Aufruf hiess es u.a. "Mit der Teilnahme an dieser Kundgebung gegen den wieder aufkeinemdene Faschismus an der Seite der ehemalige Opfer der Faschisten protestieren wir gleichzeitig gegen den faschistischen Terror in der Türkei und die Duldung der faschistischen Tarnorganisationen der "Partei der nationalistischen Bewegung, MHP, durch die Behörden in der Bundesrepublik." ■

„Neonazis in NRW“

Der DGB und Jusos warnen

Eigener Nachrichtendienst

Düsseldorf — Im Gegensatz zur nordrhein-westfälischen Landesregierung sehen der Deutsche Gewerkschaftsbund und die NRW-Jungsozialisten eine besorgniserregende Zunahme krimineller Delikte durch neonazistische Gruppen im bevölkerungsreichsten Bundesland. Auf einer Pressekonferenz berichteten beide Organisationen gestern von antijüdischen Schmierereien in Köln und Münster, neonazistischen Kontakten zu den „Grauen Wölfen" der Türkei, der Anwerbung von jungen Arbeitern im Ruhrgebiet und der Existenz eines „Ausbildungslagers" im Raum Unna-Kamen, wo bereits 600 Jugendliche von der NPD ausgebildet worden seien. Im Gegensatz dazu hatte Innenminister Hirsch in dieser Woche festgestellt, in NRW sei bisher nur eine Straftat registriert worden, die Rechtsextremisten „zugerechnet werden könnte", obwohl die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien.

WAZ, 16. Februar 1978



MIT DIESEM PLAKAT werben die „Grauen Wölfe" in einem Bochumer Schaufenster.



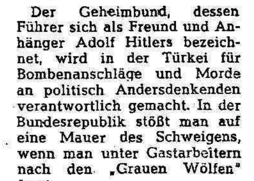
„Graue Wölfe“ mischen sich unter Türken

Neuer Geheimbund

Von H. J. PREUSCHE

WAZ BOCHUM.

Ein Raubtier, das Angst und Schrecken unter seinen Opfern verbreitet, ist ihr Symbol: Die „Grauen Wölfe", eine Untergrundorganisation der rechtsradikalen türkischen Nationalen Bewegungspartei, haben auch im Ruhrgebiet Fuß gefaßt. Als „Türkischer Idealistenverein" hat der Geheimbund an der Dorstener Straße 8 in Bochum eine Zentrale für das Ruhrgebiet errichtet.



Der Geheimbund, dessen Führer sich als Freund und Anhänger Adolf Hitlers bezeichnet, wird in der Türkei für Bombenanschläge und Morde an politisch Andersdenkenden verantwortlich gemacht. In der Bundesrepublik stößt man auf eine Mauer des Schweigens, wenn man unter Gastarbeitern nach den „Grauen Wölfen" fragt.

Nur wenige wagen es, öffentlich Stellung zu beziehen. So ein Redakteur der Gastarbeiterredaktion des Westdeutschen Rundfunks: „Nach jeder kritischen Sendung gehen hier Morddrohungen ein, die von den „Grauen Wölfen" unterzeichnet sind.

Von den deutschen Behörden im Stich gelassen fühlt sich der dem Deutschen Gewerkschaftsbund nahestehende „Türkische Arbeiterverein" in Recklinghausen, der den Geheimbund mit dem Mord an einem türkischen Gastarbeiter am 12. Februar in Herten in Verbindung bringt. Der Täter, der sich bereits in Haft befindet, soll Mitglied der „Grauen Wölfe" sein.

Nachbarn der Zentrale an der Dorstener Straße in Bochum bestätigen die Behauptung des Türkischen Arbeitervereins, die Organisation würde Jugendliche in Karate und anderen Kampfsportarten ausbilden. Lediglich der Hausbesitzer winkt ab: „Das sind alles nette, höfliche und saubere junge Leute, die sogar die Papierabfälle im Hof aufheben."

Dichter unbekannt

Nazim Hikmet ist weltberühmt. Nur in der BRD kennt ihn kaum jemand. Warum nicht, beschreibt Peter Paul Zahl





Zeichnung: Nuria Quevedo

I. Sein Land

Und gewiß, Liebste, ganz gewiß
wird in diesem schönen Land
die Freiheit frei umgehen,
schreitend im herrlichsten Kleid -
im Kleid des Arbeiters.

In seinem Lande sind vier Millionen Arbeiter beschäftigt, drei Millionen sind ständig, zehn Millionen zeitweise arbeitslos. Noch heute wird sein Land von 13 Familien, 86 Multimillionären, 350 Feudalherren und Agrarkapitalisten beherrscht. In seinem Land beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung 41 Jahre; 60 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten, das Außenhandelsdefizit beträgt 1976 3,5 Millionen Dollar. Sein Land hat heute die Zahlenmäßig zweitgrößte Armee in der NATO (nach den USA) - 500 000 Soldaten unter Waffen. Das Land exportiert Sklaven zu Hunderttausenden. In speziellen Büros prüfen Ärzte Muskeln, Konstitution und Zähne von Männern und Frauen, testen ihre Exportfähigkeit. Das Land exportiert seine Menschen in jene Länder, die seit über 100 Jahren dafür sorgen, daß es arm, unterentwickelt und abhängig bleibt.

Das Land heißt Türkei. Seine Bewohner heißen Türken. Seit Jahren stellen sie die Nigger der bundesrepublikanischen Gesellschaft - allerdings mit weniger Bürgerrechten als die Nigger in den USA (formell) haben. Was wissen wir von ihnen, ihrem Land, seiner Geschichte und Kultur? So gut wie gar nichts.

II. Weltliteratur — Niggerliteratur

Es geht nicht darum,
gefangen zu sein,
sondern darum,
daß man sich nicht ergibt.

Aus einem Berliner Knast erhielt ich den fünften oder sechsten Durchschlag einer Abschrift eines türkischen Gedichts. Ich zeigte es meinen türkischen Brüdern im Zuchthaus Werl. Sie schrieben es ab, einige lernten es auswendig. Monate später erhielt ich von einem Freund Enzensbergers »Museum der modernen Poesie«, die wohl beste Anthologie von Lyrik der Weltliteratur (z. Zt. vergriffen). Sie enthält drei Gedichte des gleichen Mannes, auf deutsch und türkisch. Meine türkischen Brüder, unter den Niggern dieser Gesellschaft die Parias, schrieben sie ab (wenn sie schreiben konnten), lernten sie zum Teil auswendig. Sie machten sich Weltliteratur zueigen. Sie alle kannten den Dichter, hatten leuchtende Augen, sprachen sie von ihm. Nazim Hikmet, so heißt er, war und ist dort, wo jeder Dichter, der es ernst meint, sein möchte: im Herzen seines Volkes, seiner breitesten Massen. Seine Gedichte kursierten - 28 Jahre lang verboten! - von Hand zu Hand, sie wurden auswendig gelernt, gesungen, verstanden. Nazim Hikmet setzte um, was er von Kunst erwartete:

»Seitdem ich Kommunist geworden bin, erwarte und verlange ich von den Künsten, daß sie dem Volk dienen und das Volk zu

»

DER MANN
MIT DER WEISSEN NELKE

Auf meinem Tisch
steht die Fotografie eines Mannes
mit einer weißen Nelke.
Man hat ihn bei Scheinwerferlicht
im Morgengrauen erschossen.
Seine rechte Hand
hält die Nelke umschlossen
wie ein Fünkchen Licht
von der griechischen See.
Der Mann mit der weißen Nelke
blickt aus tapferen Kinderaugen
unter den schweren, schwarzen Brauen
so offen und wahr,
so ohne Falsch wie ein Volkslied
und wie der Eid der Kommunisten.
Mit strahlenden weißen Zähnen
lacht Belojannis.
und die Nelke in seiner Hand
ist wie eins seiner Worte,
die er den Menschen sagte,
in diesen kühnen,
in diesen schmachvollen Tagen

Dies Bild wurde im Gerichtssaal gemacht
nach der Verkündung des Todesurteils.

NAZIM HIKMET, 1952

übertragen von Annemarie Bostroem

WER KENNT NAZIM HIKMET (noch) NICHT?

NAZIM HIKMET
– sie haben Angst vor unseren Liedern
Herausgegeben vom Türkischen Akademiker- un Künstlerverein e. V.
Berlin 1977
Paperback, 336 Seiten, 23,7 x 29,5 cm,
über 100 unbekannte Fotos und Dokumente, za reiche Erstübersetzungen (türkisch/deutsch).
Mit Texten von: Louis Aragon, Pablo Neruda, Je: Paul Satre, Tristan Tzara, Ilja Ehrenburg, Konstan Simonov, Hans Magnus Enzensberger, u. v. a.

schöneren Tagen aufrufen. Daß sie sich zum Sprachrohr des Volkes und seiner Leiden, seines Zorns, seiner Hoffnung, seiner Freude und seiner Sehnsucht machen.«

Die 500 000, die am 1. Mai 1977 in Istanbul demonstrierten - unter denen die faschistischen Mörderbanden »Graue Wölfe« mit Hilfe der Staatsschutzbehörden ein Massaker anrichteten - kennen ihn, Metallarbeiter in Calais, Hafenarbeiter in Marseille, die Völker des Ostblocks kennen ihn; zu seinen Freunden und Bewunderern gehörten Majakowski und Paul Robeson, Anna Seghers und Louis Aragon, Pab o Neruda und Jean Paul Sartre, Tristan Tz a und Ilja Ehrenburg, Asturias und Simo ov, Enzensberger und Picasso usf. Seine Gedichte wurden in 40 Sprachen übertragen. Und in der Bundesrepublik Deutschland gibt es nur ein, zur Zeit vergriffenes - schmales Heftchen mit einigen seiner Texte (Damnitz Verlag, München). Weil er Türke war? Kommunist? Wegen des kalten Kriegs? Weil seine Popularität in der Türkei, nur vergleichbar der von Majakowski in der Sowjetunion oder der von Neruda in Chile, im Land der »Dichter und Denker« ihn verdächtig macht? Oder weil dieses Land noch immer eher das der Richter und Henker ist? Weil in der Bundesrepublik Verlagswesen und Literaturkritik »unter dem Niveau aller Geschichte, unter aller Kritik« (Marx) ist?

III. Ein Gedicht — Anstiftung zur Meuterei

Ich lausche keiner Stimme aus dem
Jenseits,
und ich gebe meinen Versen nichts
Unergründliches.
Ich wiege meine Verse nicht ab wie
ein Juwelier,
und ich mache keinen schönen
Worte.

Nazim Hikmet stammt aus einer »guten Familie«, schreibt schon in jungen Jahren patriotische Gedichte gegen imperialistische Invasoren, wird Offizier, schließt sich mit siebzehn dem nationalen Widerstand unter Atatürk an. Im Partisanenkampf lernt er »das Volk«, die Arbeiter und vor allem die anatolischen Bauern und ihre Frauen kennen. Von da ab ist er auf ihrer Seite; er liest die sozialistischen Klassiker, studiert an der Moskauer »Universität für die Werktätigen des Ostens«, wird mit 21 Jahren, 1923, Mitglied der Kommunistischen Partei. Die KPT wurde 1920 gegründet; kurz nach ihrer Konstituierung wurden mehrere führende Mitglieder, darunter der Gründer, Mustapha Suphi, ermordet. 1922 wurde die Partei verboten — noch heute ist sie es.

Nazim Hikmet kommt 1928 sieben Monate, 1933 zwei Jahre ins Gefängnis. 1938 schreibt er ein Gedicht für die Verteidiger der spanischen Republik. Dies ist dann »Hochverrat« und »Anstiftung zur Meuterei«. Ein Militärgericht verurteilt ihn zu 28 Jahren Knast, von denen er 13 absitzt. Erst 1950 wird er nach einer internationalen Kampagne — im Zuge einer Amnestie entlassen. Da ihm eine erneute Verhaftung droht, verläßt er sein Heimatland, läßt sich in Moskau nieder, beteiligt sich an der Weltfriedensbewegung und stirbt, ohne sein Land wiedergesehen zu haben, im Exil, in Moskau, 1963.

17 Jahre Knast, dann das Exil: Leb



Friedenspreisträger Hikmet 1951 in Prag

eines Dissidenten, eines Kommunisten, eines Dichters in der modernen Türkei. Er hatte recht, wenn er dem von den McCarthy's verfolgten Sänger Paul Robeson schrieb: *»Sie haben Angst vor unseren Liedern.«*

IV. Die Keim-Zelle von Weltliteratur

Leben! Einzeln und frei wie ein
Baum
und brüderlich wie ein Wald ist
unsere Sehnsucht.

Sie hatten Angst vor seinen Liedern. Sie sperrten ihn insgesamt 17 Jahre ein und verboten 28 Jahre lang seine Texte. Aber sie ließen ihn leben und unterleben, sie versuchten keine Gehirnwäsche, sie behandelten ihn im Knast wie alle anderen. Ja gemessen an den Haftbedingungen für Linke unter Schmidt/Herold in der Bundesrepublik, scheinen seine geradezu »idyllisch«. Er saß in Gemeinschaft, baute mit seinen einfachen Brüdern eine Webereiproduktion in Eigenbetrieb auf *(»Im Gleichklang mit dem Rhythmus des Weberkamms entstanden unter dem Geklapper einzelne Verse«)*, er brachte ihnen Lesen und Schreiben, Sprachen und wissenschaftlichen Sozialismus bei, er erhielt wöchentliche Besuche wie alle, kochte selbst, lernte von seinen Brüdern, hörte zu, schlichtete Streit, war nur unter den Knastkapitalisten (Kapos und Zuträger, die es überall gibt) verhaßt, war Erster unter Glei- n. Nich msonst heißt es lapidar: Sein erstes und sein letztes Gedicht sind *brüderliche Gedichte.*

Seine Gefängniszelle war mehr als Metapher, sie wurde Türkei und Welt. In seiner Zelle die Gegenwelt zu Knast und Türkei und von Imperialisten niedergehaltener Welt: Brüderlichkeit, Nächsten- und Fernstenliebe, Aufr ht gkeit, der unzerbrechliche Wille standzuhalten, Widerstand zu leisten, sich nicht zu ergeben. Er revolutionierte die türkische Literatur, durchbrach jeden Formenkanon, er schrieb Lieder, gereimte und ungereimte Gedichte, war der erste türkische Autor, der seine Texte in lateinischer Sprache drucken ließ, knüpfte am Besten der Moderne an, entwickelte es weiter, schuf Versepen, Theaterstücke (er war Anfang der 20er Jahre mit dem Regisseur des Russischen Oktober, Meyerhold, befreundet) und Romane; Meldungen, Besuche, Zeitungsausschnitte, Märchen, Erzählungen seiner Brüder im Knast, alles verwandelte er in Literatur, ließ es durch Besucher aus dem Knast schmuggeln (er kam deshalb nicht in Isolierhaft). Er schrieb Ratschläge für alle, die in den Knast kommen, und über sein Begräbnis (er litt an Angina pectoris), über Genossen, die im Knast krepierten und über und für seine Frauen, über die Kämpfe der türkischen Arbeiter, den Mut der Bauern, die Emanzipationsbemühungen der türkischen Frau, er schrieb Schlaflieder und Epigramme, Spottgedichte über bürgerliche Ideologen, er schrieb über das Meer und die verkarsteten Felder Anatoliens, über ein Musikstück von J. S. Bach und die Liebe zu seinem Land, über Bauernkriege im Mittelalter und Streiks, über und für Kinder, über die Atombombe und die Gefahren des Rüstungswettlaufs, für japanische Fischer und afrikanische Freiheitskämpfer, über den Internationalismus der Unterdrückung und die Kommunistische Internationale, über griechische Partisanen und Straßenkämpfe in Madrid der Volksfront, immer wieder über die Liebe, die Arbeiter, die *»Rolle der Hand in der Sozialgeschichte«*, die Arbeit auf Feldern, in Fabriken und Werkstätten, seine Freunde, seine Brüder, seine Geliebte und über den gemeinsamen Feind. Er nahm die Welt in seine Zelle. Beging also alle Fehler, die ein Dichter nach der Meinung der Literaturkritik begehen kann. Die, denen er seine Gedichte als erste vorlas, seine intimsten Kritiker, seine Zellennachbarn, sie nahm er ernst. Für sie schrieb er. Und weil er sie so ernst nahm, nahmen ihn die Besten der modernen Weltliteratur, von Sartre bis Neruda, ernst. In der Zelle entstand Welt-Literatur. Nicht um der Literatur willen, sondern den Menschen zu liebe.

V. Freiheit für alle!

Und die nach uns kommen, sollen
nie mehr
durch Eisengitter, sondern aus
hängenden Gärten sehen
die Frühlingsfrühen, die
Sommernächte im Land.

Selbst das furchtbare Schweigen, das denen auferlegt ist, die gefesselt sind, dem Terror ausgesetzt, der ins Architektonische umgesetzten Unvernunft der Epoche und des Systems, das auf Ausbeutung beruht: dem Zuchthaus, wußte er, schrieb er, war eine

Waffe: *»Wir schweigen drinnen/wie eine Kugel im Gewehrlauf schweigt.«*

1949 wurde in Paris ein Komitee für die Freilassung Nazim Hikmets organisiert. Dessen Aufrufe wurden u. a. von Eluard, Joliot Curie, Haldor, Laxness, Amado, Neruda, Sartre, Picasso, Ivens, Brecht unterzeichnet. Eine internationale Kampagne begann. Die Freilassung Hikmets, wußten sie im Ausland und wußten auch die Freunde in der Türkei, — die aller Repression zum Trotz ein Komitee bildeten, Unterschriften sammelten, seine illegalen Gedichte verbreiteten, — bedeutete die Freilassung Tausender von anderen politischen Gefangenen in der Türkei. Die Freilassung Nazim Hikmets erreichen, bedeutete, das politische Klima im Lande ändern, bedeutete, durch massenhaften Widerstand der Eiszeit entgegenzuwirken. Dieser Gedanke setzte sich — mitten im Kalten Krieg! — dermaßen durch, daß die Partei, die 1950 an der Macht war, mit einer allgemeinen Amnestie um die Gunst der Wähler warb.

Dann ging das Parlament in Urlaub, ohne den Beschluß über eine allgemeine Amnestie zu fassen. Hikmet erwog, mit einem Selbstmord ein Zeichen zu setzen. Ein Mitgefangener lernte schon Nazims politisches Testament auswendig (die Kassiber im Gehirn können nicht konfisziert werden), dann aber kamen sie auf eine bessere Idee: der Koch wurde gerufen, ein fantastisches Mahl gekocht und eingenommen. Das letzte für einige Zeit. Hikmet verwendete *»die Waffe aller Waffen. Den Tod wie ein Gewehr, mit mir als Kugel!«* Er ging in den Hungerstreik! Frau und Freunde durften ihn in der Zelle

»Die jungen Türken in der Barbarei in Deutschland brauchen Nazim Hikmet. Wir vielleicht noch mehr«

aufsuchen und beobachteten sein Sterben. Am achtzehnten Tag unterbrach er den Hungerstreik auf ihr Anraten, war aber fest entschlossen, im Falle einer Verweigerung der Amnestie, mit ihm fortzufahren. Am 14. Mai 1950 fanden die Wahlen statt. Nach 12 Jahren, fünf Monaten und sechzehn Tagen wurden Hikmet und Tausende anderer Gefangener nach einer riesigen in- und ausländischen Kampagne für Amnestie entlassen. (Auch der Sozialdemokrat Ecevit begann seine Amtszeit vor ein paar Jahren mit einer Generalamnestie. Aber die Türkei ist ja auch, im Gegensatz zur Bundesrepublik, ein zivilisiertes Land, in dem es Amnestien gibt.) Mit 30 sollte Hikmet hängen, mit 48 erhielt er den Friedenspreis, mit 59 flog er in 18 Stunden von Prag nach Havanna, 1952 wartete er 4 Monate mit einem Herzriß auf den Tod, mit 60 verliebte er sich erneut, schreibt Hikmet.

Es ist Zeit, diesen Mann kennenzulernen — und mit ihm einen Teil der Türkei.

Der türkische Akademikerverein in Westberlin machte eine Veranstaltungsreihe zu seinem 75. Geburtstag. Der *Katalog* dazu umfaßt über 330 Seiten (DIN A 4) Berichte, Interpretationen, Gedichte, Fotos und Bilder. Er erschien nun in der *Elefanten Press*, Berlin und kostet 25,--. Er ist großartig und sollte unbedingt erworben werden. Über Nazims Landsleute, ihre Hoffnungen, Träume und ihren Alltag in unserem Land, ihre Geschichte und Hoffnungen und Träume in dem Land, aus dem sie zu uns vertrieben werden, gibt zudem ein fantastisches Taschenbuch Auskunft: John Berger/Jean Mohr, *Arbeitsemigranten* (Erfahrungen, Bilder, Fotos, Gedichte, Analysen. *rororo 6946*, DM 7,80).

Die Nigger Deutschlands heute sind die türkischen Arbeitsemigranten. Die vor 70 bis 100 Jahren heißen »Wasserpolacken«. Auch sie sprechen kein Deutsch. Auch sie wurden für die gefährlichsten und schmutzigsten Arbeiten eingesetzt — im Ruhrbergbau. Heute sind sie integriert.

Die dagegen als zweisprachige Analphabeten aufgewachsenen, entwurzelten, jungen Türken in der BRD und Westberlin werden nicht integriert werden. Im Gegenteil. Sie werden, ist zu befürchten, nicht einmal Nazim Hikmet haben. Sie werden nur die Wut und Sprachlosigkeit, das Messer und Drogen haben, die Wut und das Messer für lange Zeit kein festes Ziel; ihre Kolonialsituation hat die Tendenz, *»ein riesiger Hühnerhof, ein riesiges Konzentrationslager zu werden, wo nur das Gesetz des Messers herrscht ... Wo Leben heißt: nicht sterben Existieren heißt: das Leben zu erhalten«* (Franz Fanon, die Verdammten dieser Erde). Mit ihnen müssen wir *»die Frage des Menschen wieder aufnehmen«* (Fanon).

Diese jungen Türken in der Barbarei in Deutschland brauchen Nazim Hikmet. Wir aber vielleicht noch mehr.

****

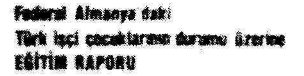
BERICHT des Bundesvorstandes der FIDEF

zum „Kongress zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD'

Gelsenkirchen 11./12. Februar 1978
ERSCHIENEN !







FIDEF YAYINLARI 6

AUFRUF

Seit 1977 erscheint nun in der Bundesrepublik die erste Zeitung, in der die ausländischen Arbeiter selbst über ihre Situation in der Bundesrepublik, ihre gesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten, die Lage in ihrem Heimatland schreiben. Die FIDEF-Zeitung, herausgegeben von der gleichnamigen Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD, kommt in deutscher Sprache heraus.

Wir möchten Sie als Mitbürger und Kollegen, als Gewerkschafter und Friedensfreunde dazu aufrufen, unsere Zeitung zu abonnieren. Neben den vielfältigen Informationen bedeutet ein Abonnement der FIDEF-Zeitung einen Akt der Solidarität, sowohl mit den ausländischen Kollegen hierzulande wie mit der demokratischen- und Arbeiterbewegung in unserem Heimatland:

Informieren Sie sich über die Probleme der ausländischen Arbeiter !

Solidarisieren Sie sich mit unserem Kampf um sozialen Fortschritt und Frieden !

Abonnieren Sie FIDEF !

Ihr Abonnement wird uns helfen, die Zeitung nun im monatlichen Turnus herausgeben zu können und damit verstärkt zur Klärung der vielen Fragen beizutragen. FIDEF kostet als Einzelheft 1,50 DM, im Jahresabonnement 12,-- DM zuzüglich 7,-- DM Porto.